NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND — alle 14 Tage brandaktuell

TAblatt

MINUS 17 NUMMER (1a/93) 20. JÄNNER 1993 PREIS: öS 15,—

»Dieses Volksbegehren wird Haß und Gewalt provozieren«

(ein Zitat — aber von wem?)

Siehe Seite 2

Darüberhinaus

Wien:
Razzia im Ernst-Kirchweger-Haus

Yo! RAP's neuer Bericht von der L.A. Front

Wer wird denn gleich schwarzsehen? Die Kontrollore der Post und Du...

Dokumentation: Querformat-Nachdruck

jede Menge Kurzmeldungen

Terminposter, Cartoon, Sport und vieles mehr

Neuer Öko-Schmäh "Verpackungsverordnung"

Stell dir vor, du sitzt beim Frühstück und es ist 1. Oktober.

Auch nicht viel schlimmer, als 13. Jänner oder 1. April, wirst du dir jetzt denken. Doch, weit gefehlt! Jedes Käsepapierl auf deinem Eßtisch kann zu einem persönlichen Problem werden. Eine neue Verpackungsverordnung macht uns ab 1. Oktober 1993 das Leben schwer und wird noch dazu der Umwelt mehr schaden als nutzen.

Seite 9

Franz räumt!

Seit mehr als einem halben Jahr streiken die 270 Arbeiterinnen und 10 Arbeiter einer Schuhfabrik in Istanbul-Corlu. Der Streik hat Österreichbezug: Er richtet sich gegen die Ausbeutung durch die österreichische Schuhfirma "Humanic".

Seite 17

Die Stunde der Patrioten ist also gekommen. Die zwölf Punkte der FPÖ, die die Bundesregierung zu drei Vierteln ohnehin bereits erfüllt haben will, stehen zur Diskussion. Da wollen wir nicht abseits stehen; vor allem auch deshalb nicht, weil unsere Kritik sich von der vieler PolitikerInnen und leider auch einiger antirassistischer Initiativen deutlich abhebt.

Rassismus Punkt für Punkt....

Vranitzkys fehlende Liebe für Salamihändler und Hammelbraten, Hesouns Bedürfnis, die Bedürfnisse der ÖsterrreicherInnen und der AusländerInnen getrennt zu betrachten oder Klestils patridiotische Parole "Österreich zuerst" können nicht nur zufällig von der FPÖ für ihre Propaganda benutzt werden. Die Regierungspraxis beweist leider, daß es keine grundsätzlichen Widersprüche zwischen der Koalition und der FPÖ gibt. Und das ist schlimm genug, denn bei genauem Lesen findet mensch in den zwölf Punkten des Volksbegehrens nicht nur populistische Phrasen, sondern einen braunen Faden rassistischen Gedankenguts.
Wie gesagt: Drei Viertel der Forderungen will die Regierung ohnehin schon erfüllt haben...

(ein Antifa)

• Verfassungsbestimmung: "Österreich ist kein Einwanderungsland."

Da stellt sich natürlich die Frage: Was ist ein Einwanderungsland?

Bisher waren die "klassischen" Einwanderungsländer stets Produkte des Kolonialismus: Kanada, die USA oder Australien waren in der Vergangenheit Zielpunkte von Bevölkerungsströmen. Gebiete frei jeder europäischen Besiedelung, die nur warteten, in Besitz genommen zu werden....! Oder?

Selbstverständlich warteten die Länder, oder vielmehr ihre Bevölkerung, nicht auf die Einwanderung der EuropäerInnen. Und ebensowenig waren alle "EinwandererInnen" freiwillig zu solchen geworden. Nach Australien wurden zuallererst einmal britische "Verbrecher" verbannt. Und auch die "Pilgrim-Fathers" (darunter übrigens mehr als 50% Frauen!), die ersten SiedlerInnen Nordamerikas, mußten England aus religiösen und politischen Gründen verlassen. Der Bogen läßt sich bis hin zu österreichischen oder deutschen SozialistInnen oder verarmten süditalienischen und polnischen BäuerInnen spannen: Keine und Keiner verläßt gerne das Land, in dem sie oder er jahrelang gelebt. Es sind politische und ökonomische Gründe, die Menschen zur Auswanderung treiben....vor 300 Jahren (Pilgrim "Fathers"), vor 200 (ProtestantInnen werden aus Österreich ins heutige Rumänien vertrieben), vor 100 Jahren (als Folge der Sozialistengesetze).....

Warum sollte es heute anders sein?

Die ganze Sache läßt sich auch anders herum aufziehen: Ob Heinrich der VIII und seine NachfolgerInnen sich vor katholischen PuritanerInnen fürchteten, die katholischen MonarchInnen Österreichs vor ProtestantInnen oder Bismark vor SozialistInnen: Ganze Großreiche sahen sich in Gefahr und ihre Rettung lediglich darin, ihre WidersacherInnen loszuwerden. Ein System, daß nur dann funktionieren kann, wenn die Vertriebenen auch wirklich irgendwo Aufnahme finden. Finden sie diese nicht, so kann das Problem auf DIE Art nicht gelöst werden!

Tatsache ist, daß sich weltweit Millionen von Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger, politischer, religiöser, rassistischer und sexueller Verfolgung befinden. 95% dieser Fluchtbewegungen gehen innerhalb der drei wirtschaftlich abhängigen Kontinente vor sich. Diese Fluchtbewegungen sind eigentlich Ziellos; d.h.: Das Ziel verspricht den Flüchtenden keine Veränderung ihrer Situation (z.B. hat sich die Situation der PalästinenserInnen oder der KurdInnen durch die Flucht in jeweils neue Aufnahmeländer nie verbessert).

Politische und ökonomische Krisen lassen sich nicht mehr mit Deportationen aus der Welt schaffen. Politische und ökonomische Krisen werden daher im 20.Jahrhundert mit Massenmord bekämpft: Mit Zyklon B, mit Agent Orange, mit Patriots oder mit Hybridweizen, der ganze Kontinente in Hunger und in die Abhängigkeit eines einzigen Konzerns stürzt (wie es zur Zeit in Afrika geschieht).

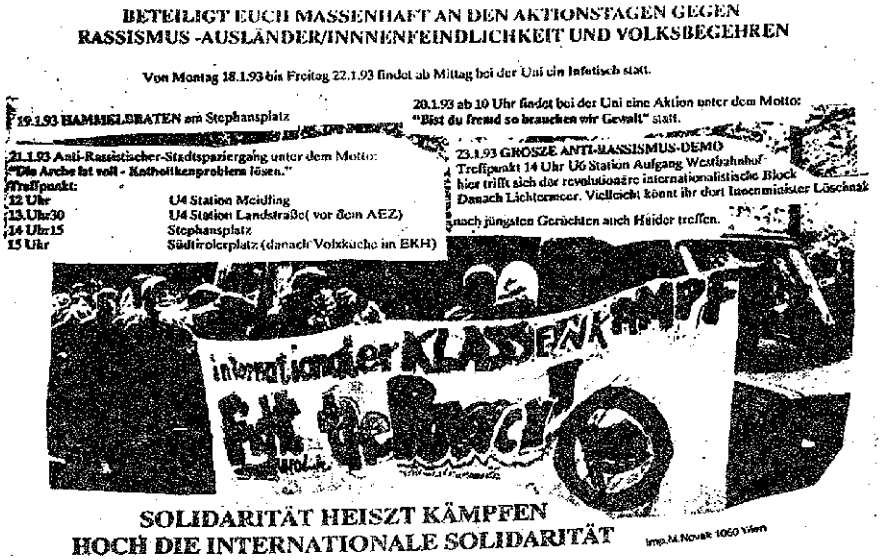
Es geht nicht darum, ob Österreich ein Einwanderungsland ist, denn diese Wort beschreibt stets nur einen mit Gewalt erzwungenen Zustand. Es geht schlicht um die Frage, ob auch Menschen ohne weiße Hautfarbe in dieser Welt ein Existenzrecht besitzen! Und auf diese Frage eine Antwort zu geben, dürfen wir der FPÖ NIEMALS erlauben!

Was es im Folgenden zu beweisen gilt...:

• Einwanderungsstopp bis zur befriedigenden Lösung der illegalen Ausländerfrage, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot und Senkung der Arbeitslosigkeit auf 5%.

"Mit der Illegalität (des Aufenthalts in Österreich; Anm.TATblatt) *Hand in Hand gehen Schwarzarbeit, Schwarzwohnen und im schlimmsten Fall das Abrutschen in die Kriminalität. Die Bundesregierung hat es bisher verabsäumt, diesen Zustand zu entschärfen".* Das kann ich nur unterschreiben!

Es ist die Illegalität, die den Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Österreich immer wieder aufgedrückt wird und ihre Position innerhalb der Gesellschaft schwächt. Ohne Möglichkeit, sich an die Polizei oder an Gerichte zu wenden sind illegale AusländerInnen gezwungen, jede Arbeit zu jedem Lohn und jede Wohnung zu jedem Preis anzunehmen. Delogierungen von AusländerInnen zu verhindern ist seit Anfang des Jahres (mit Inkrafttreten des Fremdengesetzes) de facto unmöglich geworden, weil AusländerInnen dadurch zugeben würden, daß sie über keinen geeigneten Wohnraum verfügen (das ist ein Ausweisungsgrund!). Die Rechtlosigkeit und vor allem die Abhängigkeit der Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft begleitet sie in allen Lebensbereichen. Die Illegalität zu bekämpfen, ist also wahrlich das



Gebot der Stunde!

- Am besten durch: Aufhebung des Fremdengesetzes, des Ausländer-beschäftigungsgesetzes und überhaupt aller Gesetze, die Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft benachteiligen
- Verbot befristeter Mietverträge und das Mietrecht betreffender zivilrechtlicher Vereinbarungen ohne Prüfung durch ein Gericht ("Räumungsvergleiche");
- Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn von 12 000 netto, Wahlrecht für AusländerInnen bei allen Wahlen (damit sie ihre Anliegen selbst vertreten können, bzw. ein politisches Gewicht erhalten)
- Zahlungspflicht für SchwarzarbeitgeberInnen (alle Sozialabgaben sollen nachträglich bezahlt und dem oder der ArbeitnehmerIn auch angerechnet werden)

Sollten diese Forderungen durchgesetzt werden (hm,hm), so hätten alle (mit Ausnahme der Miethaie und SchwarzarbeitgeberInnen) etwas davon!

Eines von vielen Beispielen, wie Volksbegehren-Plakate schöner und sinnreicher gestaltet wurden...

Die explizit rassistische Komponente erhält dieser Punkt noch durch den Kontext in den er gestellt wird: Mit Einrichtung des EWR gelten die Angehörigen der EWR-Länder nicht als AusländerInnen.

• Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat.

Judensterne sollen wieder aktuell werden. Da sich aber Menschen aus der Türkei, Sri Lanka und auch aus Polen oder Rumänien oft von den schon länger in Österreich verweilenden äußerlich ein wenig unterscheiden (eben anders als ehemals die JüdInnen), so brauchen sie nur einen Ausweis, nicht den sichtbaren Stern. Sowohl verwaltungstechnisch als auch "vom Effekt her" wäre die Maßnahme völlig sinnlos. Bereits jetzt sind ArbeitnehmerInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft verpflichtet, alle Dokumente am Arbeitsplatz mit sich zu führen. Eine andere als eine offen rassistische Begründung für diese Forderung gibt es nicht!

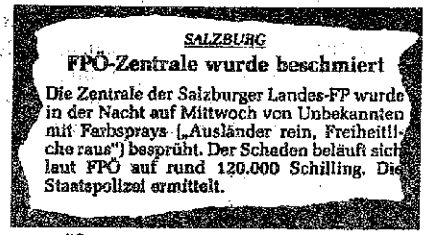
• Aufstocken der Exekutive (Fremdenpolizei, Kriminalpolizei), sowie deren besseren Bezahlung und Ausstattung zur Erfassung der illegalen Ausländer und zur wirkungsvolleren Verbrechensbekämpfung, insbesondere des organisierten Verbrechens.

Typische "law and order"-Forderung. Dazu gibts eigentlich nix zu sagen; außer einem: Wien ist die Stadt mit der höchsten Kibererdichte Europas! Und noch etwas: drei Viertel aller Polizisten der Alarmabteilung wählten bei den letzten Personalvertretungswahlen die Liste der FPÖ.

• Sofortige Schaffung eines ständigen Grenzschutzes (Zoll, Gendarmerie) statt Bundesheereinsatz.

Der Grenzeinsatz des Bundesheeres ist eine Notstandsmaßnahme und als solche nicht auf Dauer durchführbar. D.h., daß der Grenzeinsatz des Bundesheeres entweder schnellstens zur im Gesetz vorgesehenen "Normalität" werden oder aber die Forderung der FPÖ erfüllt werden muß. Die Vorbereitung für zweiteres (die Aufstellung einer eigenen Grenzschutztruppe der Gendarmerie) sind schon seit etwa 8 Monaten im Gange. Bis zur Umsetzung dieses Plans spaziert die Regierung ständig am Rande einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dabei geht es aber nicht wirklich um die Frage der Rechte einreisewilliger Menschen, sondern lediglich um Formalfragen: Wie lange darf eine Regierung Notstandsrecht anwenden?

Was die Abschotung der Grenzen nach Außen anbelangt, gibt es zwischen Regierung und FP keine Differenzen. Strittig sind nur Fragen der Durchsetzung. Der FPÖ geht es unter anderem darum, die Zollwache dem Innenministerium zu unterstellen und damit einen einheitlichen und zentral gelenkten Repressionsapparat zu schaffen (vgl. Punkt 4).



SALZBURG

FPÖ-Zentrale wurde beschmiert

Die Zentrale der Salzburger Landes-FP wurde in der Nacht auf Mittwoch von Unbekannten mit Farbsprays („Ausländer rein, Freiheitliche raus") besprüht. Der Schaden beläuft sich laut FPÖ auf rund 120.000 Schilling. Die Staatspolizei ermittelt.

aus: "Standard" vom 14. Jänner 1993

Pickerl, Badges und Plakate...

...gibt es wieder bei uns zu bestellen. Die zur Auswahl stehenden Motive sind in diesem Artikel eingebaut.

Die Dinger kosten uns was, und deshalb haben wir uns das so gedacht (manchmal denken wir auch).

- Pickerl gibts gegen Spenden (also zumindest die Versandkosten müssen gedeckt sein).
- Plakate gibts erst ab der nächsten Nummer, weil sie noch nicht fertig sind. Sie sollen verdeutlichen, daß es auch in Österreich aktive neofaschistische Organisationen gibt und das mensch dagegen was tun muß (Nein, es ist kein Polizeiposten darauf abgebildet). Das A3 Plakat wird in einer internationalistischen ("shut 'em down..."; Die Melodie von Public Enemy könnt ihr dazusummen) und einer chauvinistischen Version ("bring sie zum schweigen..."; ohne Musik!) gedruckt und wird (hm,hm) auch zu Werbezwecken für das TATblatt eingesetzt werden (d.h., daß TATblatt draufsteht). Auch in diesem Fall sollten die Spenden zumindest das Porto decken!
- Die Badges schließlich tragen das Motiv "Gegen Nazis und Rassisten — Ich greife ein". Die Idee haben wir an sich den Piefkes abgeschaut — finden sie aber trotzdem gut (die Idee natürlich). Sie (also die Badges) kosten 10 Öschis plus 5 Öschis Postversand (die fünfzig Groschen schenk ma euch, wir hams ja...). Achtung! Die Badges sind rund! Mensch kann sich also leicht darauf stechen!!!!

Also, bestellt alle schön brav ...

Einer von der Tb Hanpan-Fraktion (alles andere ist Mist)

• Entspannung der Schulsituation durch Begrenzung des Anteils mit fremder Muttersprache in Pflicht- und Berufsschulklassen mit höchstens 30%; bei einem mehr als 30%igen Anteil von fremdsprachigen Kindern Einrichtung von Ausländer-Regelklassen.

"In manchen Bezirken Wiens sind Schulklassen mit über 80%igem Anteil von Kindern mit fremder Muttersprache keine Seltenheit. Bei derartigen Verhältnissen ist eine für die Zukunft unserer Kinder notwendige Ausbildung und die Erreichung der Unterrichtsziele gefährdet" (aus der Broschüre der FPÖ-Wien).

Wahr ist allerdings das Gegenteil: Es sind stets die Kinder mit geringen Deutschkenntnissen, die auf der Strecke bleiben. Kinder mit guten Sprachkenntnissen profitieren weit mehr vom Unterricht in "gemischten" Klassen als andere. Und dafür

Weil's gerade Ostern war

(TATblatt-Wissenschafts-redaktion)

Am 8. November 1992 versammelte sich in Berlin einiges an deutscher PolitikerInnenprominenz um gegen Rassismus zu demonstrieren. Scheinbar hatten sie aber vergessen, daß es ja sie selber sind, die für Abschiebungen und den faschistischen Terror verantwortlich sind. Doch einige sympathische Menschen; "Autonome" genannt, hatten dies nicht vergessen. Sie sorgten dafür, daß dieses Spektakel der HeuchlerInnen nicht so reibungslos über die oftgenannte Bühne ging. Farbeier spielten dabei eine sehr wichtige Rolle.

Aber Farbeier darf mensch ja nicht auf PolitikerInnen werfen, soll mensch ja auch nicht! Mensch kann so viele andere Dinge damit machen, z.B. sein/ihr Zimmer verschönern bzw. das Zimmer der WG-MitbewohnerInnen oder sich das Farbei selbst auf den Kopf werfen (das ist erlaubt). Für diese und nur für diese Zwecke hier nun eine Anleitung für hausgebrauch Farbeier:

Mensch nehme ein Ei, wasche dieses, mache an der Unter- und Oberseite des Eies vorsichtig jeweils ein Loch und blase den Inhalt aus. Nun versiegele mensch ein Loch mit Kerzenwachs. Als nächstes fülle mensch eine etwa 20 Milliliterspritze (gibts in jeder Apotheke) mit Lackfarbe. Durch das offene Loch läßt mensch die Farbe in Ei fließen. Diese Prozedur wird sooft wiederholt, bis das Ei voll des Lackes ist. Dann macht mensch auch das zweite Loch mit Wachs zu. Bei der Herstellung mit Handschuhen arbeiten (damit mensch nicht so schmutzig wird!).

Also damit es klar ist, nicht auf PolitikerInnen, faschistische Denkmäler (gibts ja eh nicht in Österreich, nicht), Faschos/as und schon gar nicht PolizistInnen mit Farbeiern werfen!! Mensch macht sich dadurch strafbar. Von solch bösen Sachen distanziert sich das TATblatt-Kollektiv natürlich auf das Enschiedenste.

...Rassismus Punkt für Punkt

gibt es gleich zwei Ursachen:

- Zum einen melden sich viele LehrerInnen von ihrer Aufgabe, ALLE Kinder zu unterrichten oftmals ab, weil sie von den Sprachbarrieren einfach überfordert werden. Sie konzentrieren sich vollständig auf jene Kinder, mit denen es keine Sprachprobleme gibt.
- Und andererseits führt sehr oft die Fülle des Lernstoffs bei Kindern zu Panikreaktionen, die Lernstörungen auslösen (das sind dann die "dummen Kinder"). In gemischten Klassen ist die Gefahr, von der Fülle des Lehrstoffes erdrückt zu werden, deutlich geringer als in anderen Klassen. Der Lehrstoff muß mehrmals besprochen und wiederholt werden. In Klassen, in denen die LehrerInnen den Problemen verschiedensprachiger SchülerInnen gewachsen sind (zB. weil es mehrere LehrerInnen gibt), profitieren ALLE Kinder vom Unterricht!

Nicht vergessen sollte wieder die betont rassistische Komponente dieser Forderung werden: Die FPÖ stellt ihre Forderung nicht auf die Deutschkenntnisse eines Kindes, sondern auf seine oder ihre Muttersprache ab. *"Das hat ja auch eine kulturelle Bedeutung"*, erklärte dazu der Sprecher der FP-Niederösterreich in der Sendung "talkradio". Die Zahl der Kinder, die aus einem anderen als dem "deutschen Sprach- und Kulturraum" (dieses NS-Schlagwort findet sich zwar nicht im Text des Volksbegehrens, wohl aber zB. in der "Lorenzener Erklärung", dem heimlichen FP-Parteiprogramm, an dem auch Haider mitgearbeitet hat) kommen, ist es also, die begrenzt werden soll. Ein offeneres Bekenntnis zum Rassismus ist eigentlich kaum mehr möglich....!

• Entspannung der Schulsituation durch Teilnahme am Regelunterricht nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen (Vorbereitungsklassen).

Lerntechnisch ein Unsinn: Im Umgang mit Menschen ist es viel leichter, deren Sprache zu erlernen als im "Trockenkurs". Diese Forderung unterstreicht lediglich den rassistischen Charakter der vorhergehenden: Da ja Forderung Nummer 6 auf die Muttersprache abstellt, muß diese Forderung nun extra noch die Deutschkenntnisse eines Kindes zum Inhalt haben. Forderung Nr.6 dient, wie es scheint, der Erhaltung der deutschen Kulturgemeinschaft; Forderung Nr.7 liefert quasi das Mittel der Durchführung.

• Kein Ausländerwahlrecht bei den allgemeinen Wahlen.

Das Wahlrecht *"soll (...) nur von jenen ausgeübt werden, die bereit sind, die Folgen ihrer Wahlentscheidung auf Dauer zu tragen. Daher setzt das Wahlrecht zu den allgemeinen Vertretungskörpern (...) die Staatsbürgerschaft voraus."*

Kein schlechter Gag! Welche mitreden wollen, könnte mensch nun denken, sollen doch einfach die Österreichische Staatsbürgerschaft beantragen. So einfach ist das!

Weit gefehlt, denn die FPÖ fordert auch...

• Keine vorzeitige Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Zum einen fordert die FPÖ also die Identifikation eines Menschen mit dem Staat als Voraussetzung für Mitbestimmungsrechte, zum anderen will sie aber die Erlangung der Staatsbürgerschaft als Ausdruck dieser Identifikation verunmöglichen oder zumindest so lange wie möglich hinausschieben. Im übrigen sei auf das Geschreibsel zu Punkt 2 verwiesen und auf die Tatsache, daß das mit der Identifikation auch anders ausgelegt werden kann. Würden Sie sich mit einem Staat identifizieren, in dem Haider Bundeskanzler ist....? (zugegeben: der Name ist austauschbar)

• Rigorose Maßnahmen gegen illegale gewerbliche Tätigkeiten (wie z.B. Ausländervereinen und -klubs) und gegen Mißbrauch von Sozialleistungen.

"Vermehrt schließen sich Ausländer in Vereinen und Klubs zusammen." Und genau das will ihnen die FPÖ, die so sehr Wert auf die deutsche Kultur legt, verbieten.

Verräterisch hierbei die Gleichstellung der *"illegalen gewerblichen Tätigkeiten"* und

der Klubs. Die FPÖ ist also nicht (nur) gegen illegale Tätigkeiten; sie ist in erster Linie gegen das Recht von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, sich in Vereinen zusammenzuschließen. Diesen Menschen soll die Möglichkeit verwehrt sein, ihre eigene Kultur zu pflegen, Bekannte zu treffen, Musik zu hören usw.

Was den sozialen Mißbrauch betrifft, so ist es schon müßig zu erzählen, daß Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zwar die gleichen Steuern zahlen müssen wie ÖsterreicherInnen, auf Grund ihrer Rechtlosigkeit aber ohnehin kaum Sozialleistungen erhalten können. Alles in allem zahlen uns die AusländerInnen Jahr für Jahr unser Gesundheitsbudget. Das Schlimme an dieser Art der Argumentation: Sollen wir also angesichts der Haltungsschäden, die schon bei Kindern auftreten, und der zunehmenden Belastung des menschlichen Körpers durch Umwelteinflüsse vielleicht doch mehr AusländerInnen nach Österreich holen, damit das Gesundheitsbudget steigt?

Die Argumentation mit dem Geld, das die Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in unsere Sozialeinrichtungen hineinbuttern ist zynisch: Wir haben sie doch eh so gut dressiert?

● *Sofortige Ausweisung und Aufenthaltsverbot für ausländische Straftäter.*

Die Umsetzung dieser Forderung wäre gegenüber der jetzigen Praxis fast eine Verbesserung. Aus Österreich werden zur Zeit nämlich nicht Verurteilte abgeschoben, sondern vor allem jene, die im Verdacht stehen, irgendwelche — meist verwaltungsstrafrechtliche Delikte — begangen zu haben (nur drei Prozent der Ausweisungen beziehen sich auf Personen mit strafrechtlicher Verurteilung).

Im übrigen will die FPÖ die Beweislast völlig umkehren: Ginge es nach ihrem Willen, müßten Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Zukunft beweisen können, daß sie ihr Geld nicht gestohlen haben. Andernfalls sollten sie, meint die FPÖ, ausgewiesen werden.

● Einrichtung einer Osteuropa-Stiftung zur Verhinderung von Wanderungsbewegungen.

Die Wanderungsbewegungen, die die FPÖ verhindern will, sind in Wahrheit Fluchtbewegungen; Menschen, die dem Krieg dem Hunger und der Rechtlosigkeit entkommen wollen. Da werden schon andere Mechanismen greifen müssen, um diese Bewegungen zu verhindern. etwa

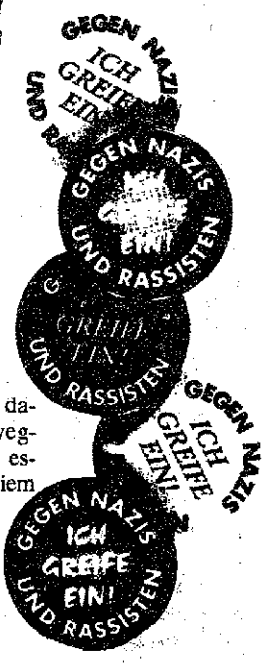
● die gerechte Aufteilung der Ressourcen.

● die Beendigung der Vorherrschaft Europas, Japans und der USA in der Welt usw....

Der FPÖ geht es aber sowieso um etwas anderes: *"Die Gegenwärtigen Reformprozesse in Osteuropa bieten für Österreich Entwicklungschancen."*

Das Knödl, daß wir den Ex-Kummerln also schicken sollen, wird unsere wirtschaftliche Vorherrschaft noch weiter zementieren. Österreichisches Geld soll kommen über alles. Am besten gleich von der Maas bis an die Memel, vielleicht auch noch von der Etsch bis...

Badges!
Siehe Seite 3



Am Tag nach Redaktionsschluß erreichte uns folgendes Schreiben:

Wir haben heute Nacht das FPÖ-Parteilokal im 14.Bezirk, Zehetnergasse 18, besucht. Wir besprühten die Fassade mit "Rassismus stinkt", schlugen die Scheiben ein und schmissen Buttersäure hinterher. Wir werden immer wieder die RassistInnen angreifen. Beteiligt euch massenhaft an den Aktionen gegen das Volksbegehren!

Tod dem Rassismus

Eure rassistische Scheiße stinkt zum Himmel

Wir kommen wieder

Flexibles Antifa Kommando (13.1.93)

PS.: Euer Buttersäure-Rezept ist nicht ganz korrekt, für Laien mißverständlich. Die Natronlauge sollte niedrigprozentig sein (30 - 50%), weil sonst zu wenig Wasser drin ist. Salzsäure konzentriert (mind. 35%). Schaum entsteht sofort beim aufkochen. Trotzdem unbedingt 20 Minuten kochen: laßt es hochkochen, bis es fast überläuft, dann die Flamme runterdrehen und vorsichtig den Schaum und nur den abschöpfen. Das ist nicht sehr viel. Dann ein Glas Wasser nachgießen ... das wiederholt ihr ca. 10 bis 15 mal. Danach wird sich auch fast kein neuer Schaum mehr bilden. Den Schaum abkühlen lassen (er wird großteils flüssig), dann die Salzsäure vorsichtig dazugeben, einmal schütteln, in ein gut verschließbares Gefäß umfüllen — fertig.

Die Mengenangaben bei euch stimmen so.

Liebe Grüße

Nur zur Erinnerung: In unserer Ausgabe minus 36 veröffentlichten wir ein Rezept für Buttersäure. Anläßlich obiger Berichtigung wiederholen wir unsere erste Veröffentlichung.

Die Zutaten sind:

2 Teile Butter

1 Teil Salzsäure

1 Teil Natronlauge

(Salzsäure wird normalerweise verwendet, um Abflüsse zu reinigen, oder von wenigen KünstlerInnen, um damit auf Kupferplatten zu ätzen. Natronlauge benötigt mensch um Kästen abzubeizen und Butter wird manchmal zum Schmieren von Broten verwendet.)

Vorweg einige Vorsichtsmaßnahmen:

Unbedingt Gummihandschuhe verwenden, nur altes Geschirr; das Besteck könnt ihr danach sowieso wegschmeißen, wenn es nicht aus rostfreiem Stahl ist.

Herstellung: Nehmt die Butter und die Natronlauge und kocht die Zutaten in einem hohen Behälter. Warscheinlich müßt ihr öfters ein bißchen Wasser nachgießen, weil das von der Lauge verdampft. Nach ca. 20 Minuten Kochen auf kleiner Flamme könnt ihr den Schaum, der sich bildet, abschöpfen. Wenn sich kein Schaum bildet, kocht das Gemisch zu wenig oder das Wasser der Lauge ist verdunstet.

So, nun habt ihr den ersten Ausgangsstoff für die Buttersäure, denn der Schaum wird schnell zu einer Flüssigkeit. Wenn ihr jetzt noch die Salzsäure dazugebt, habt ihrs. Gebt die Salzsäure langsam dazu, bis aus dem scharfen Geruch ein übler Gestank wird. 1 x schütteln! Es ist wichtig, daß die Salzsäure wirklich langsam und am besten über eine kleine Rinne beigegeben wird, weil die Salzsäure bei schneller Beimischung zu stark reagieren und aus dem Topf spritzen könnte (daher auch der hohe Behälter). Solltet ihr aber mit Ruhe und unter Einhaltung aller Vorsichtsmaßnahmen arbeiten, dürfte es keine Probleme geben.

Vorsicht: Bei der Reaktion des Gemisches mit der Salzsäure kommt es natürlich zu einer Reaktion (wie das bei Reaktionen nun mal halt so ist). Bei dieser entsteht viel Wärme. Verwendet deshalb kein herkömmliches Glas sondern zB feuerfestes Jenaer-Glas!

Noch ein kleiner Tip: je älter die Buttersäure ist, desto mehr stinkt sie, weil sie zu gären beginnt

Achtung: Nie das Gemisch in die Säure leeren, weil es sonst zu irren, eventuell nicht kontrollierbaren Reaktionen kommen könnte. Immer die Säure langsam ins Gemisch schütten .....

Viel Spaß...

Noch eine Anmerkung: Für "Laien" mag die Salzsäure gefährlicher erscheinen, allerdings soll die Natronlauge noch viiiiel gefährlicher sein (eine Base). Handschuhe verwenden! Brille verwenden!!

ANTIFASCHISTISCHER TASCHENKALENDER

ANTIFA 1993

Hrsg. v. verschiedenen Gruppen aus der BRD und den NL

ISBN 3-928300-10-5

Für 10 DM

Viel Inhalt: • Geschichte wird gemacht • Neue Rechte • Klassenkampf statt Multikulti • Edelweißpiraten • Infos aus NL und NOR • Mujeres Libres - Freie Frauen gegen Francofaschismus

Viel Service: • Adressen aus ganz Europa • Lexikon faschistischer Organisationen • Rechtshilfetips • viel Platz zum Schreiben ...

Aus dem Inhalt:

• Geschichte des europäischen Vereinigungsprozesses • Europa des Kapitals • Festung Europa: Flüchtlinge, Asylpolitik, Schengen ... • Bevölkerungspolitik: „Weiß und Angespaßt" • Imperiales Europa • Spanien 1992 • WWG in München • Literatur, Zeitschriften und Adressen zum Thema ... etc.•

146 Seiten, Broschur, DM 14,80

ISBN 3 - 928300 - 08 - 3

Macht Sammelbestellungen und Wiederverkauf!

ab 10 Exemplare 30% Rabatt

UNRAST

UNRAST, Querstr.2, 4400 Münster

Ausschreitungen bei FP-Veranstaltung am Viktor-Adlermarkt in Wien

"FP-Sicherheitsdienst" prügelt GegendemonstrantInnen mit Schlagstöcken.

(Antifa)

Am Freitag, 15.1.1993, versuchten ca. 10 Personen die Abhaltung eines Infotisches zum FP-Volksbegehren zu stören. Nachdem einer von ihnen Volksbegehrenpickerl zu Boden geworfen hatte, wurde die Gruppe massiv von Security-Schlägern angegriffen. Unter Mithilfe von "Passanten" (FP-Wächter die vorher nicht als solche erkennbar waren) kesselten sie die Leute blitzschnell ein und schlugen mit Fäusten auf sie ein. Während der nun folgenden Rauferei zogen weitere FP-Wächter plötzlich Knüppel, die sie von hinten brutal den Leuten über den Kopf zogen.

Zwei der DemonstrantInnen wurden mit einem Holz- bzw. Gummiknüppel zu Boden geschlagen. Eine Frau wurde am Boden liegend getreten, andere bekamen ein paar in die Fresse.

Eine Passantin alarmierte die Polizei, die aber erst nach 10 Minuten kam. Leute, die auffällig aussahen, wurden später am Viktor-Adler Markt kontrolliert, nach Rädelsführern befragt und von FP-lern falsch beschuldigt "randaliert" zu haben.

Paßt auf! "Unbeteiligte" Passanten können bewaffnete FP-Schläger sein!

Hetzt die Hetzer!

FP-Politiker gegen Demonstrationsrecht für NichtösterreicherInnen

(einige Antifas)

John Gudenus (51), FPÖ-Nationalratsabgeordneter, Sympathisant einer rechtsextremen BürgerInneninitiative gegen das NS-Verbotsgesetz und einer der Hauptinitiatoren der FPÖ-Kampagne "Staatsadler ohne Hammer und Sichel", trat vergangene Woche in einer Presseaussendung gegen ein Demonstrationsrecht für AusländerInnen ein. Grund dafür war eine Demonstration verschiedener kurdischen Gruppen am Samstag, den 9.1., zur Unterstützung der Forderungen der sich im Hungerstreik befindenden Kurdischen Genossen in Innsbruck. Die Beteiligung der ÖsterreicherInnen, wie immer bei 10-Uhr-Vormittagsdemos, ließ eher sehr zu wünschen übrig.

Gudenus bezeichnete in seiner Presseausendung Demonstrationen von AusländerInnen als einen Mißbrauch der Gastfreundschaft. Es sei provokant, wenn ausländische DemonstratInnen, zu Verkehrsspitzenzeiten, ÖsterreicherInnen behindern.

Irgendwie erscheint uns diese Pressemitteilung des Herrn Gudenus schon sehr sonderbar. War doch der Herr Gudenus Teilnehmer dieser Demonstration: bzw. begleitete er diese für einige Minuten - bis er "erkannt" wurde. Kurz darauf durfte er sich vergewissern, daß die Mittelfinger, die ihm entgegengestreckt wurden, sauber waren. Die heftigen Aufforderungen einiger DemonstratInnen "sich zu schleichen - da sonst ein Unglück passieren würde" (Sinngemäß) dürften wohl sein fluchtartiges Verlassen der Demonstration erklären.

Terror gegen Flüchtlingsheim in Schwarzenberg (OÖ)

Am Dienstag den 22.12. 92 stürmte ein 20jähriger Ex-Skin, bewaffnet mit einem Gewehr, das Flüchtlingsheim in seinem Heimatort Schwarzenberg und bedrohte einige BewohnerInnen. Er konnte jedoch rasch überwältigt und der Polizei übergeben werden. Doch schon breits im Oktober wurden die 35 in Schwarach lebenden Flüchtlinge von RassistInnen terrorisiert. So schossen drei Männer mit Schneebällen Fensterscheiben ein, andere fuhren nachts mit Autos ohne Licht vor, um die Flüchtlinge in Angst zu versetzen.

Antifaschistische SprayerInnen

Webgasse, 1060 Wien: Seit einigen Wochen kann mensch unweit jenes Hauses, in welchen das Ehepaar Alois und Mathilde Wolf wohnt, "AFP NAZIS RAUS", mit großen Lettern auf eine Hauswand gesprayt, lesen. Die "Wolfs" gelten als "HauptaktivistInnen" der rechtsextremen AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik), die ihr "Trenckheim" im 16. Wiener Gemeindebezirk neben der im Jänner '92 "aufgeflogenen" Wehrsportgruppe-Trenck auch für Vorträge mit Titeln wie "Nationale Wende oder multikulturelles Ende", am 54. Jahrestag der Reichspogromnacht (9.11.92), zur Verfügung stellt. Bei diesen Vortrag schützte unsere bekanntermaßen "antifaschistische" Polizei die AFPlerInnen mit Wasserwerfern vor antifaschistischem Protest.

Die AFP unterhält gute Kontakte zu verurteilten schweizer Holocaustleugnern, Südtirolterroristen und zu FPÖ-PolitikerInnen.

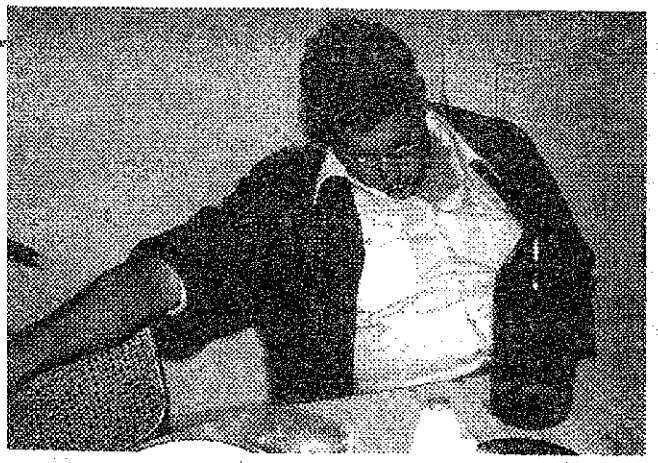
So traten neben "Umvolker" Andreas Mölzer auch die FPÖlerInnen Robert Dürr (1990,92), Georg Hanreich (1987), Ilse Hans (1988,89,90), Helmut Kowarik (1981), Gertraud Repp (1987), Walter Sucher (1987) und die Ex-FPÖlerin Kriemhild Trattnig (1987) bei AFP-Veranstaltungen als ReferentInnen auf.

Küssel normal??

In der jüngsten Ausgabe des Magazins NEWS findet sich neben einem Interview mit dem VAPO (Volkstreue AußerParlamentarische Opposition)-"Führer" auch das Ergebnis eines Gutachtens über dessen Geisteszustand:"überdurchschnittliche intellektuelle Ausstattung. Es liegt keine Minderung oder Beeinträchtigung der Zurechnungs- oder Diskretionsfähigkeit vor." (siehe Foto auf der näxten Seite)

Küssel: Opfer des "Dopplereffekts"

Seine angekündigte Abspeckkur, im Falle seiner Nichtfreilassung im Oktober 92, hat er nicht angetreten. Im Gegenteil hat er beträchtlich zugelegt, angeblich über 10 Kilo. Wie mensch das im Häfn schafft, wird wohl Küssels Geheimnis bleiben.



GAP-Projekt: 49 Arbeiter bis jetzt zu Tode gekommen

Bei dem in kurdischen Gebieten durchgeführten Bauten des sog. "Südostanatolischen Projekts" (GAP; vor allem Staudammbauten zur Stromgewinnung für die Türkei) sind seit 1986 49 Arbeiter ums Leben gekommen. Am 21. Dezember kamen erneut zwei Arbeiter im Urfa-Tunnel durch einen Arbeitsunfall ums Leben. Niemand kümmert sich um die Verletzung der Sicherheitsvorschriften und die schlimmen Arbeitsbedingungen auf den GAP-Baustellen. In den meisten Fällen wurde nicht einmal der vorgeschriebene Bericht über die tödlichen Arbeitsunfälle gefertigt. Die ca. 2000 Arbeiter der GAP-Baustelle haben außerdem seit vier Monaten keinen Lohn mehr bekommen Ein Arbeiter erklärte: "Unser Kollege Ismail Polat, der gestern auf der Baustelle getötet wurde, hat vier Kinder. Die Baustelle hat schon viele Familien ins Unglück gestürzt. Niemand zieht Akpinar für das Unrecht, das sie den Arbeitern antun, zur Rechenschaft. Wir haben keinerlei soziale Rechte. Eine gewerkschaftliche Organisierung wird uns unmöglich gemacht. Wir sind zur Gewerkschaft Tes-Is gegangen und wollten Mitglied werden. Aber der Vorsitzende der Tes-Is hat sich mit der Akpinar-Gesellschaft geeinigt und verweigert uns die Aufnahme in der Gewerkschaft. Für die Firma Akpinar sind Arbeiter noch nicht mal so viel Wert wie Tiere.".

An dem GAP-Projekt sind österreichische Unternehmen, allen voran die "Verbundgesellschaft", führend beteiligt und profitieren also von den schlechten Arbeitsberdingungen. Indirekt trifft sie damit auch die Verantwortung für die bisher 65 000 vertriebenen KurdInnen, deren Häuser und Eigentum für das Großprojekt zuerstört wurden.

AmeriKKKa: "hate crime" trifft vorwiegend Schwarze

Neujahrstag in Hillsborough County; Florida: Ein schwarzer Mann wird mit Benzin überschüttet und angezunden. In der Nähe des Tatorts finden Polizeibeamte wenig später einen Brief: "one les (sic!) nigger more to go"; auf Deutsch soviel wie: "Ein Schwarzer weniger, denn wir noch ermorden müssen." Unterzeichnet ist der Brief mit KKK, dem Kürzel für "Ku-Klux-Klan", einer offiziell zwar verbotenen aber vor allem in den Südstaaten der USA aktive rassistische Vereinigung mit Fingern bis in höchste Staatsämter hinein.

Der Mordversuch von Hillsborough County erwies sich als makabre Illustration eines FBI-Berichts, der wenige Tage vor Jahresende veröffentlicht worden war: Erstmals wurden die sogenannten "hate crimes" in den USA überregional analysiert. Als hate crimes werden Morde bezeichnet, die aufgrund einer bestimmten "Neigung", also "Lust" oder "Haß" ausgeführt werden. Und wie die AnalysistInnen des FBI erstaunt feststellen mußten, waren 6 von 10 dieser 4558 in der Statistik erfassten Verbrechen rassistisch motiviert; 2 von 10 haben religiöse und jeweil einer von 10 ethnische oder sexuelle Ursachen (Also das ist so: Die Opfer rassistisch motivierter Verbrechen sind afrikanischer oder "indianischer" Herkunft, die Opfer ethnischer motivierter Verbrechen Hispanos usw...). Mehr als 36% der Opfer waren Schwarze, gefolgt von Weißen (19%) und JüdInnen (17%).

Erstmals ist das FBI dazu gezwungen, die Afrikanische Bevölkerung AmeriKKKas als Opfer anzusehen; das gängige Bild bisher war der Täter. Christopher Wilso, das Opfer des rassistischen Neujahr-Angriffs interessiert sich mehr für andere Statistiken: 40% seiner Haut ist verbrannt...

Hubplattformen im öffentlichen Verkehr...

...fordert der Dachverband der österreichischen Behinderten-Verbände. Anlaß ist die geplante Umstellung der Wiener Straßen- und Stadtbahn auf "Niederflur-Garnituren" (Einstig nur 15 cm über dem Boden) in den nächsten Jahren. Denn leider stellen selbst die niedrigen Fahrzeuge der neuen Bim-Generation für den allergrößten Teil der behinderten Menschen ein unüberwindliches Hindernis dar. Und das sei doch angesichts der Entwicklungsarbeit, die noch für die neue Bim geleistet werden muß, wirklich nicht nötig, meinen die Behinderten-VertreterInnen. So wären in verschiedenen Bundesdeutschen Städten (Berlin, München, Frankfurt u.a.) bereits erfolgreich hydraulische Hubplattformen eingesetzt worden, die ohne großen Zeitverlust (etwa 30 Sekunden) Menschen im Rollstuhl vom Haltestellen- auf das jeweilige Bim- oder Bus-Niveau heben können. Die erprobte Technik könnte nun ohne Probleme in Österreich kopiert werden.

Zwar keine technischen, sehr wohl aber politische Probleme macht noch-Vizebürgermeister Mayr, der mit Argumenten, die nichts als seine Inkompetenz beweisen, gegen das Begehren der Verhinderten-Verbände mobil macht. Hubplattformen seien gefährlich, bremsen die Bim und außerdem teuer, blies Mayr während einer Gemeinderatssitzung heiße Luft in den Raum. Daß auch Behinderte das Recht haben müssen, sich frei in Stadt und Land zu bewegen, scheint ihn nicht weiter zu interessieren.

Vergewaltigung als Staatsschutzaktion in Darmstadt/BRD

Seit Mitte vergangenen Jahres ist eine Frau aus dem Umfeld der "Bunten Hilfe Darmstadt" (entspricht unserer "Rechtshilfe") Opfer offensichtlich gezielten Terror. Im Sommer wurde sie in ihrer Wohnung vergewaltigt, nachdem sich der Täter vergewissert hat, daß die MitbewohnerInnen nicht anwesend wären und sich auch sonst niemand im Hause aufhielt. Der Täter kannte sich in der Wohnung sehr gut aus und entwendete nach der Vergewaltigung Aufzeichnungen der Frau, allesamt politischen Inhalts.

Alle facts deuten darauf hin, daß der Angriff auf die Frau sorgfältig geplant und ausgekundschaftet worden war.

In der Zeit nach der Vergewaltigung war sie ständig subtilerem Terror ausgesetzt, der ihr wohl das Gefühl des ständig beobachtet werdens vermitteln sollte. So wurde z.B. ein Drohbrief nicht an die Wohnadresse der Frau gesandt, sondern an die Adresse einer politischen Gruppe, in der sie arbeitet.

Die Menschen in der "Bunten Hilfe Darmstadt" stellen per Flugblatt Vermutungen über die Beteiligung des Staatsschutzes an diesen Terroraktionen an und fordern Menschen mit ähnlichen Erfahrungen dazu auf, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.

Nachträge: Mannheim...

In Mannheim wurden im Oktober sechs Menschen wegen Verstosses gegen das Versammlungsgesetzes zu 500 DM bedingt und 60 Tagen Sozialarbeit verurteilt. Die Verurteilten hatten während der Pogromartigen Angriffe dumm-deutscher Wohlstandsbürger auf ein Flüchtlingsheim im Juni '92 versucht, das Flüchtlingsheim zu erreichen und mit den BewohnerInnen gemeinsam

QUERFORMAT

Auf der Rückseite des Terminposters in der Blattmitte findet ihr diesmal wieder ein neues "Querformat" als verkleinertes Faksimile. Das Querformat Nr. 2, die Jännerausgabe der "Wandzeitung gegen den Rechtsruck", wird in diesen Tagen wieder an zahlreichen öffentlichen Plätzen Wiens plakatiert.

Aus urheberrechtlichen Gründen mußte lediglich eine Methusalix-Illustration durch ein anderes Motiv ersetzt werden.

Wie immer distanzieren wir uns von allem, was uns rechtliche Schwierigkeiten bereiten könnte, mit allem erforderlichen Nachdruck, und warnen auch eindringlich davor, die ausschließlich zum Zwecke der Dokumentation abgebildeten Querformatsseiten zu kopieren und selbst zu plakatieren.

zu verteidigen. Die Polizei fing sie aber bereits am Weg zum Volksauflauf ab und fand bei ihnen Armschützer, Reizgas und Feuerwerkskörper (allesamt nicht verboten in der BRD). Zum Delikt wurde das erst, als das Gericht den Versuch, das Flüchtlingsheim zu schützen, zur Versammlung erklärt hatte, auf der das Mitführen von Waffen lt. Gesetz verboten ist. Auf die Einwendung, daß die einzige Versammlung jene des dummdeutschen Mobs gewesen sei, reagierte das Gericht nicht. Sollten die Verurteilten nicht bereits zum Zeitpunkt ihrer Festnahme eine Versammlung gebildet haben, so wären sie spätestens vor dem Haus selbst als solche anzusehen gewesen. Daher Verurteilung....

Von Verurteilungen irgendwelcher PogromistInnen ist uns nichts bekannt.

...und Leipzig

In der Nacht vom 22. zum 23.12.1992 wurde in Leipzig ein junger Hausbesetzer erschossen. Dieser Mord steht in indirektem Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen von Ende November (siehe TATblatt minus 18), bei denen ein Hausbesetzer von einer schießwütigen Polizistin schwer verletzt worden war.

In einem neuen Flugblatt unterstellen nun Leipziger HausbesetzerInnen den zumeist sehr jungen BewohnerInnen zweier Häuser im Stadtteil Connewitz, ständig "irgendwo Autos zu knacken und diese in der Nähe ihrer oder anderer besetzter Häuser zu Schrott zu fahren und stehen zu lassen." In der Folge sei es zu einer Kriminalisierungswelle gekommen, die direkt gegen die besetzten Häuser gerichtet sei. Nach dem Novemberkrawall, dem auch ein versuchter Autoeinbruch vorhergegangen war, wären nun angeblich die Leipziger HausbesetzerInnen übereingekommem, die "sinnlosen Aktionen" bleiben zu lassen, um die Häuser nicht zu gefährden. Daran hätten sich aber nicht alle gehalten, und so sei am 22.Dezember eben ein "Rückfälliger" in ein Beisl gestürtzt und hätte die versammelten um Hilfe gebeten, da ihr Haus gerade von "Zuhältern" angegriffen werde. Eine Gruppe von Leuten machte sich auf, dem Hilferuf zu folgen, und wurden in der Nähe des Hauses von zwei Männern aus einem fahrenden Auto heraus beschossen. Dabei wurde "Thümi" tödlich verletzt.

Schließlich stellte sich heraus, daß die beiden zuvor versucht hatten, "ihr" gestohlenes Auto zurückzuholen. Die Leipziger HausbesetzerInnen schieben in ihrem Flugblatt den Mord an Thümi mehr oder minder den Autoknackern in die Schuhe.....

Gibt's jetzt auch als Pickerl!

Mit Faxen gegen Rechtlosigkeit

Mit meterlangen Telefax-Sendungen an über 50 Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen protestierten zu Neujahr die "Freien MitarbeiterInnen" der Schweizer Medien gegen den recht- und vertragslosen Zustand, dem sie seit Jahresbeginn ausgesetzt sind. Die freien MedienmitarbeiterInnen befürchten, bei Abschluß eines Gesamtarbeitsvertrages zwischen Journalistenverbänden und Herausgebervereinigung auf der Strecke zu bleiben. Es gibt starke Tendenzen, sie von der Gültigkeit eines solchen Vertrages auszuschließen....

Heiland verhaftet!

extended versions of repression coming up...

Bei einer Routinekontrolle auf dem Wiener Naschmarkt wurde am Samstag, dem 16.1.1993 der Totalverweigerer Helmut Heiland verhaftet. Der Musiker ("extended versions") trotzt seit 1986 einer Repressions-Maschinerie, die sich bis in den hintersten Winkel des Privatlebens hineinzieht.

Helmut Heiland weigert sich, sowohl Militärdienst als auch militärische Hilfsdienste (der Zivildienst ist leider nichts anderes) abzuleisten und saß 1986 deswegen bereits mehr als ein Monat in Untersuchungshaft. Auch später wurde er immer wieder Opfer von Psycho-Terror wie unregelmäßigen Besuchen verschiedener uniformierter Herren, nächtlichen Anrufen usw...

Trotz ständigem stresses und der dauernden Unsicherheit (Heiland konnte nicht angemeldet arbeiten, keine Wohnung beziehen usw) ließ er sich nicht fertigmachen und will auch weiterhin jede Form des Kriegsdienstes verweigern (Als Reaktion auf den Dauerstress, den Helmut ausgesetzt ist oder war, entwickelten findige Totalverweigerer die Strategie des sogenannten "aktiven Stellungswilligen"; nähere Infos bei uns oder anderen einschlägigen Institutionen).

Gegen 17 Uhr des Tages der Festnahme versammelten sich etwa 40 FreundInnen Helmuts vor dem Kommisariat in der Taubstummengasse und wollten Helmut sehen. Nach eineinhalb Stunden Warten und ebensolangem verhandeln mit der Polizei wurde Helmut ins Gefangenenhaus Rossauer Lände überstellt, wo er warscheinlich die Nacht verbringen muß(te). Die Versammelten grüßten solidarisch mit Applaus und zogen von dannen (sie wußten ja bereits, daß nächsten Tag um 12 Uhr eine Spontandemonstration vor der Liesl stattfinden sollte).

Schreibt Helmut!

Die Adresse erfahrt ihr — sobald sie klar ist — bei uns oder unter der Telephonnummer 0222/535 91 09.....

Wir fordern Abschaffung des Bundesheeres und die Freilassung von Helmut!

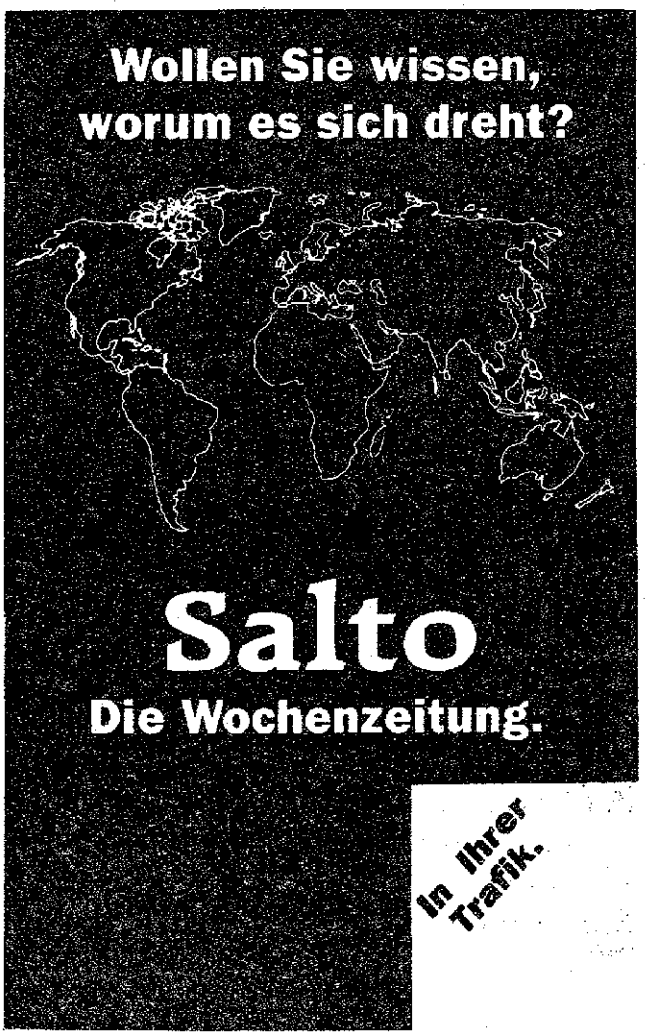
Durchbrechen wir die Nachrichtensperre!

Schickt uns Berichte, Flugblätter, Zeitungsartikel über rassistische und faschistische Aktivitäten, aber vor allem über Gegenaktionen, Demonstartionen und Initiativen an Eurem Wohnort. Wir wollen diese Informationen, neben Artikel im TATblatt auch in Form einer Broschüre, die nach dem "FP-Volksbegehren" erscheinen wird, veröffentlichen.

Adresse: TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien

Die Autonome Antifa (W) bittet euch, ihr rechtsextreme Zeitungen und Kleber zu schicken, falls ihr solche bekommt bzw. herunterreißt. Kopier- und Portokosten werden von ihr übernommen.

Adresse ist die selbe wie oben, nur mit 2 Umschlag. Der Innere sollte mit einem "W" gekennzeichnet sein.



Neue Verpackungsverordnung — neuer Öko-Schmäh?

Ökologie-Institut fordert Rücknahme

Stell dir vor, du sitzt beim Frühstück und es ist 1. Oktober. Auch nicht viel schlimmer, als 13. Jänner oder 1. April, wirst du dir jetzt denken. Doch, weit gefehlt! Jedes Käsepapierl auf deinem Eßtisch kann zu einem persönlichen Problem werden. Eine neue Verpackungsverordnung macht uns ab 1. Oktober 1993 das Leben schwer und wird noch dazu der Umwelt mehr schaden als nutzen.

(TATblatt-Wien)

Zuerst mal das Brot. Das hast du gestern noch schnell im Supermarkt kaufen müssen, weil du für die Bäckerei schon zu spät dran warst. Und wie das nun mal so ist mit den Supermarktprodukten, so war es auch super verpackt: irgend so ein durchsichtiges Ding zwischen Zellophan und Plastik.

Die liebe Not mit dem Brot oder Wohin nur, wohin?

Und damit geht's auch schon los:

Laut der neuen Verpackungsverordnung, die am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tritt, sind wir alle verpflichtet, Verpackungen entweder einer *"zulässigen Verwendung oder Verwertung"* zuzuführen, sie *"in dafür bestimmte Sammel- und Verwertungssysteme einzubringen oder dem Rücknahmeverpflichteten zurückzugeben"* (Bundesgesetzblatt Nr. 645, VerpackVO, §7, Abs. 1).

Also kannst du dir mal überlegen, ob du das Ding "zulässig verwenden oder verwerten" kannst: Eine zulässige Verwendung wäre sicherlich, Brot damit einzupacken. Aber das kannst du wohl vergessen. Doch was ist eine zulässige Verwertung? Gehen wir mal davon aus, daß sich da die Wenigsten von uns etwas darunter vorstellen können.

Also bleibt noch die Möglichkeit, sie entweder "in bestimmte Sammel- und Verwertungssysteme einzubringen", oder sie "dem Rücknahmeverpflichteten zurückzugeben". Das mit dem Rücknahmeverpflichteten ist in diesem Fall ziemlich leicht: Zur Rücknahme verpflichtet ist der- oder diejenige, wo du die Verpackung, äh — das Produkt gekauft hast. Du gehst also einfach in den Supermarkt und knallst ihnen dort dieses undefinierbare Ding, für das es sicherlich eine Fachbezeichnung gibt, auf den Tisch. Da hast du noch mal Glück gehabt, daß du das Brot nicht in irgendeinem Delikatessengeschäft im Wiener 13. Bezirk gekauft hast, denn dann müßtest du jetzt wahrscheinlich eine Pilgerreise antreten (der Supermarkt wird sicherlich zu einer Kette gehören, wovon an nahezu jeder Ekke einer ist).

Uff, das wäre geschafft. — Doch halt! *In dem Umfang, in dem sich Hersteller und Vertreiber nachweislich bestimmter Dritter bedienen, die öffentlich zugängige, regelmäßig betriebene Sammelstellen in zumutbarer Entfernung zum Letztverbraucher betreiben und die erfaßten getrennten Verpackungen im Sinne des Abs. 1 verwerten (flächendekkendes Sammel- und Verwertungssystem), entfallen die Verpflichtungen gemäß Abs. 1 bis 4; in diesem Umfang gehen diese Verpflichtungen auf den Dritten über"* (VerpackVO §5, Abs. 6). Das heißt: möglicherweise ist der Supermarkt an irgendeinem Sammel- und Verwertungssystem beteiligt und muß die Verpackungen gar nicht mehr selbst zurücknehmen. Jetzt liegt es wieder an dir, das herauszufinden und dann den entsprechenden Sammelcontainer für zellophanartige Kunststoffolien (auf-) zu suchen.

Aber ach! Jetzt hättest du's beinahe vergessen: *"Eine Rückgabepflicht besteht nicht, wenn Beutel, Säcke, Folienverpackungen und sonstige Verpackungen aus flächigen, flexiblen Packstoffen eine geringere Gesamtfläche als DIN A3 oder 0,125 m^2 ...* aufweisen". Wenn du jetzt der Meinung bist, es handle sich um einen flächigen, flexiblen Packstoff, so brauchst du dich nur noch mit einem Lineal auszurüsten und nachzumessen. Mit etwas Glück sparst du dir die Containersucherei, wirfst die Verpackung in den Hausmüll und nimmst dir vor, Brot nur noch in der Bäckerei oder im Bioladen im praktischen Papiersackerl zu kaufen, das du dann ganz einfach nur noch in deine ohnehin schon seit Jahren bestehende Altpapiersammlung zu schmeißen brauchst (im Sinne der "zulässigen Verwertung").

Ähnliche Verpackungs-Entsorgungs-Überlegungen stehen dir jetzt noch für Butter, Käse, Kaffeepackerl, Eier"karton", Marmelade, usw. bevor, denn was du ganz sicher vermeiden möchtest, ist, durch eine unbedachte wegwerfende Handbewegung in die Illegalität abzurutschen.

Das oben geschilderte Szenario ist natürlich etwas überspitzt dargestellt, ein bisserl einfacher wird es für uns KonsumentInnen und den Handel schon werden; irgendwo auf der Verpackung werden sie uns schon grüne, rote, rosa oder sonstige Punkte oder Quadrate draufmachen. Der mit dieser Verordnung offiziell angestrebte Umweltschutz wird allerdings auf der Strecke bleiben, profitieren werden wohl nur die diversen "Verwerter".

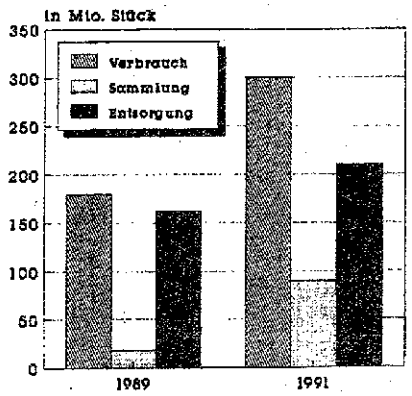
Im Folgenden nun die "harten Fakten".

Rückgabe/nahme- und Verwertungsverpflichtung

Die Verpackungsverordung schreibt grundsätzlich den Letztverbrauchenden die Pflicht zur Rück*gabe*, dem Handel die unentgeltliche Rück*nahme* von Verpackungen entlang der Distributionskette vor. Das heißt: der/die LetztverbraucherIn hat die Verpackung dem Geschäft zurückzugeben, dieses wieder der Lieferfirma usw., bis hin zu den Produzierenden bzw. Importierenden. Ausgenommen sind einzig Verpackungen, die mit gefährlichen Abfällen oder sonst so stark verunreinigt sind, daß sie nicht wiederverwendet/wertet werden können, die obengenannten Folienverpackungen (usw.) mit geringerer Gesamtfläche als DIN A3 oder 0,125 m^2, alle übrigen Verpackungen mit einem geringeren Füllvolumen als 100 ml und Verpackungen, die aufgrund anderer Gesetze besonders behandelt werden müssen. Die landen entweder im Haushaltsmüll oder als Sondermüll oä.

Die "Hersteller und Vertreiber" können ihre Rücknahmepflicht allerdings auch an

Aludosen
Verbrauch, Sammlung, Entsorgung
1989 - 1991



	1989	1991
Verbrauch	180	300
Sammlung	18	90
Entsorgung	162	210

"Dritte" abgeben. Zu diesem Zweck hat sich kürzlich die "Altstoff-Recycling-Austria" (ARA), ein Zusammenschluß aus Verpackungsindustrie, Handel und Sammel- und Verwertungsgesellschaften. WelcheR Herstellende und Vertreibende einen bestimmten finanziellen Beitrag leistet, der nach Art und Menge der in den Verkehr gesetzten Verpackungsmaterialien errechnet wird, braucht sich um die Rücknahmepflichten nicht mehr selbst zu kümmern. Ihre Produkte werden in Containern einer der ARA angeschlossenen Gesellschaft gesammelt und der Wiederverwendung/verwertung zugeführt. Wie dieses Containersystem aussehen wird, ob es für jeden Packstoff einen eigenen geben wird, oder ob wie in der BRD ("Grüner Punkt") alle Verpackungen gemeinsam gesammelt und dann wieder getrennt werden, ist noch nicht bekannt. Daß sich der zu leistende finanzielle Beitrag in einem Aufpreis am Produkt niederschlagen wir, versteht sich von selbst.

Betriebe, die sich nicht an einem bestehenden Sammel- und Verwertungssystem beteiligen, müssen Maßnahmen ergreifen, die einen hohen Rückfluß des von ihnen in Verkehr gesetzten Verpackungsmaterials gewährleistet. Halbjährlich muß die Rücklaufquote nachgewiesen werde. Allerdings muß nach einem Strufenplan erst ab 1. Jänner 2000 der gesetzlich vorgeschriebene Rücklauf von 80 % erreicht werden.

Verpackungsarten

Bei den Verpackungen selbst wird wieder nach Transport-, Verkaufs- und Umverpackung unterschieden, mit denen verschieden verfahren werden muß:

Transportverpackungen sind zB Kanister, Kisten, Säcke, Paletten, Schachteln, ..., die zum Schutz der Waren während des Transports verwendet werden.

Verkaufsverpackungen sind zB Becher, Dosen, Flaschen, Kanister, Schachteln, Tuben, ..., die bis zum Verbrauch der Ware verwendet werden und Trägerinnen der Verkaufs- und Produktinformationen sind (zB Shampoo-Flascherl, Joghurtbecher, Zahnpastatube).

Umverpackungen sind Folien, Schachteln und ähnliches, die zusätzlich um eine oder mehrere Verkaufsverpackungen angebracht sind (zB Folie um einen 4er-Pack Manner-Schnitten, Schachtel um Cognacflasche).

Wiederverwendung und -verwertung als Öko-Schmäh

Unter **Wiederverwertung** wird sowohl die **stoffliche** (aus Altpapier mache Recyclingpapier), als auch die **thermische** (Verbrennung) verstanden. Und hier wird jetzt eben unterschieden:

Umverpackungen und *Transportverpakkungen* sind zu 80 Gewichtsprozent jedes Packstoffes wiederzuverwenden oder stofflich zu verwerten. Das heißt zB, insgesamt 80 % der Verpackungskartons müssen entweder noch mal verwendet, oder aber zum Papierrecycling gegeben werden. Die restlichen 20 % dürfen verbrannt werden. Gleiches gilt natürlich für Getränkekisten, Obststeigerl, Holzkisten, usw.

Verkaufsverpackungen hingegen dürfen zu 100 % "thermisch verwertet" werden. Das gilt für den Waschmittelkarton ebenso, wie für Zahnpastatuben und die Plastikflascherl vom Shampoo. Und spätestens hier fängt es an, als "Umweltschutzmaßnahme" unglaubwürdig zu werden, denn daß bei der Verbrennung von Kunststoffen höchst giftige, zT krebserregende Stoffe entstehen, ist seit Jahren kein Geheimnis mehr. Umso problematischer die Verbrennung von Materialverbunden (ein Packstoff, der aus verschiedenen Materialien besteht, so wie zB bei den Getränkekartons: Kunststoff, Alu, Papier).

Sammeln statt vermeiden

Gleichzeitig mit der neuen Verpackungsverordnung kommt — sozusagen im Paket — eine Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Getränkeverpackungen und sonstigen Verpackungen (BGBl Nr. 646). Hierin ist für Getränkeverpackungen festgesetzt, welche Anteile davon bis zu bestimmten Stichtagen (31. Dez. 93, 31. Dez. 94, 31. Dez. 97, 31. Dez. 2000) entweder wiederbefüllt oder umweltgerecht verwertet werden müssen. Haken an der Sache: Bei Mineralwasser beispielsweise war der Ist-Zustand von 1989 bereits höher, als es die gesetzlichen Ziele für das Jahr 2000 sind: 1989 wurden 99 % des konsumierten Mineralwassers in Mehrwegflaschen abgefüllt, die Verordnung fordert für 2000 "rigorose" 96 % Wiederverwendung; Wiederverwendung aber ist nicht gleichzusetzen mit Wiederbefüllung. Das heißt, in der Quote aus der neuen Zielverordnung sind Verpackungen mitgerechnet, die als Altstoff gesammelt und zu irgendeinem Produkt recycliert werden. Altstoffsammlung und Recycling bedeuten wiederum ein vergleichsweise höheres Abfallaufkommen, als bei der ausschließlichen Verwendung von Mehrwegflaschen, wie sich auch ganz leicht vorrechnen läßt:

1991 wurden ca 530 Mio Liter Mineral-, Tafel- und Sodawasser aus 600 Mio Flaschen getrunken.

93 % waren in Mehrwegflaschen, 7 % in Einwegflaschen abgefüllt.

Dadurch wurde ein Abfallaufkommen von ca **90 Mio Stück** verursacht (10 Mio Stk Mehrwegbruch, 80 Mio Einwegflaschen).

Im **Jahr 2000** werden (bei gleichbleibender Entwicklung) ca 1,25 Mrd. Liter Mineral, Tafelwasser und Soda getrunken werden.

Die Verordnung fordert eine Wiederverwendungsquote von 96 %. Diese wird zB erreicht durch eine Mehrwegquote von 90 % und einer Sammlung des verbleibenden Rests zu 60 %.

Daraus resultierendes Abfallaufkommen: **165 Mio Stk** (25 Mio Mehrwegbruch, 140 Mio Einwegflaschen).

Zum Vergleich: Abfallaufkommen im Jahr 2000 bei Mehrwegquote von 99 % (Ist-Stand 1989): **42 Mio Stk** Abfall.

(Beispiel: Öst. Ökologie-Institut)

Müllwachstum statt Müllbremse

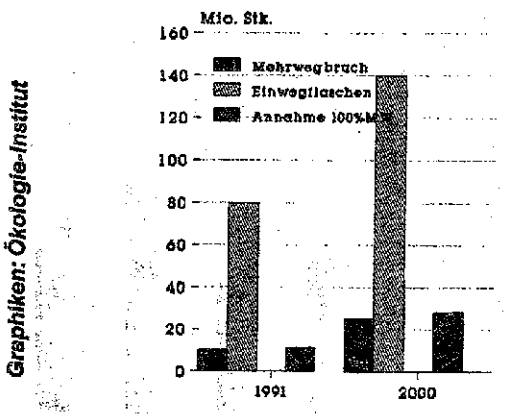
Die neue Verpackungsverordnung (inkl. Zielverordnung) wird das Gegenteil von dem, was sie vorgibt, bewirken. Die KonsumentInnen werden sich geradezu auf (vermeidbare) Wegwerfprodukte stürzen (besonders, wenn diese wie in der BRD mit einem Zeichen wie dem "grünen Punkt" versehen sind), weil sie glauben, umweltbewußt zu handeln. Die Sammlung der Produkte suggeriert den Eindruck der Umweltfreundlichkeit, der Unterschied zwischen Mehrweg und Einweg wird verwischt.

Das Beispiel Alu-Dose belegt diese Befürchtung:

Durch das Sammeln der Alu-Dosen konnte deren Recyclingquote von 10% auf 30% (1990-1991) gesteigert werden. Doch gleichzeitig stiegen auch deren Verkaufszahlen (von 180 Mio auf 300 Mio) auf Kosten der Mehrwegflasche und damit die zu deponierende Menge.

Insgesamt sind die beiden neuen Verordnungen ein Schritt in die falsche Richtung: nicht Sammeln von Einwegverpakkungen kann das primäre Ziel sein, sondern Vermeidung von Verpackung. Recycling darf nur dort vorgeschrieben werden, wo es tatsächlich eine Umweltentlastung bringt. ●

Verbrauch und Abfallaufkommen
von Mineral-, Tafelwasser und Soda



	1991	2000
Mehrwegbruch	10	25
Einwegflaschen	80	140
Annahme 100%MW	11	28

tigt.

Gäbe es keine AusländerInnen, die — aus Zwang — bereit wären, für Hungerlöhne zu arbeiten, so müßten noch viel mehr ÖsterreicherInnen als heute immer schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen akzeptieren.

Beweis: Schweden

In Schweden gibt es keine mit Österreich oder der BRD vergleichbare Zuwanderung. Dennoch werden in Schweden Löhne und Sozialleistungen gekürzt: Wenn du krank bist, bekommst du nur mehr 60% deines Gehalts, das Arbeitslosengeld wird gekürzt, staatliche Betriebe entlassen 10.000ende ArbeiterInnen und stellen einige davon zu niedrigeren Löhnen wieder ein, die Lohnerhöhungen waren 1992 geringer als die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Mieten usw...

Alles das passiert, obwohl es keine AusländerInnen gibt, die als angebliche "LohndrückerInnen" am Sozialabbau Schuld sein können.

Nicht die AusländerInnen sind an niedrigen Löhnen schuld, sondern die UnternehmerInnen, die nur Hungerlöhne bezahlen!

Nimmt Ihnen Boutrous den Arbeitsplatz weg?

Boutrous kommt aus Ägypten und lebt in Wien. Er verkauft zwei mal täglich jeweils 5 Stunden lang Zeitungen. Für jede verkaufte Zeitung erhält Boutrous 1 (einen!) Schilling. An manchen Tagen geht Boutrous nach 10 Stunden Arbeit mit 80 Schilling nach Hause (da ist das Trinkgeld schon dabei).

Boutrous ist nicht krankenversichert, denn er ist nicht fest angestellt. Der Zeitungsvertrieb, für den er arbeitet, betrachtet ihn als "Unternehmer", der sich selbst versichern muß. Das kann sich Boutrous natürlich nicht leisten.

Andererseits aber darf Boutrous nur Zeitungen "seines" Vertriebes verkaufen. Verkauft er andere, kriegt er keine Zeitungen mehr.

Wenn der Vertrieb Boutrous keine Zeitungen mehr geben will, so meldet er (der Vertrieb) das der Fremdenpolizei. Die holt Boutrous dann von zu Hause ab und zwingt ihn, wieder nach Ägypten zurückzugehen.

Boutrous hat in Österreich keine Rechte — nur viel Arbeit!

Wollen Sie seinen Job?

Halten wir fest:

- AusländerInnen werden von schlechten Gesetzen gezwungen, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren,
- Solange Unternehmer AusländerInnen weniger bezahlen können als ÖsterreicherInnen, werden sie lieber billige AusländerInnen einstellen als teurere ÖsterreicherInnen.
- So werden über kurz oder lang immer mehr Menschen gezwungen, für weniger Geld zu arbeiten.
- AusländerInnen haben zwar schlecht bezahlte Jobs angenommen, dafür aber die bisher besser bezahlten den ÖsterreicherInnen überlassen. Die AusländerInnen also waren es, die uns ÖsterreicherInnen bisher (im großen und ganzen) vor einem Lohndruck wie in England, in den USA, in Japan (in Japan gibt es fast keine AusländerInnen) und jetzt auch in Schweden, bewahrt haben.
- Und schließlich werden Menschen in der "dritten Welt" von unmenschlichen Regimes und einer ungerechten Welt-Wirtschaftsordnung dazu gezwungen, für wenige Groschen Arbeiten zu erledigen, für die in Österreich selbst die "billigsten" ArbeiterInnen noch 30 oder 40 Schilling in der Stunde erhalten würden.

Was tun gegen Lohndruck, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit?

- Gesetze, die AusländerInnen zwingen, für wenig Geld zu arbeiten, müssen abgeschafft werden (Fremdengesetz, Ausländerbeschäftigungs-Gesetz). Erst wenn AusländerInnen und ÖsterreicherInnen nur um das gleiche Geld beschäftigt werden können, wird der Lohndruck auf die ÖsterreicherInnen wegfallen (weil Unternehmer nicht mehr damit drohen können, billigere AusländerInnen einzustellen).
- Nur wenn AusländerInnen ihre Rechte kennen, können sie nicht mehr ausgenützt und als Lohndrücker gegen ÖsterreicherInnen ausgespielt werden. Nur AusländerInnen und ÖsterreicherInnen GEMEINSAM können Unternehmer dazu zwingen, gerechtere Löhne zu bezahlen und gesunde Arbeitsplätze zu schaffen! Wir ÖsterreicherInnen müssen in Gesprächen, im täglichen Leben, dafür Sorgen, daß AusländerInnen ihre Rechte kennenlernen und auch um sie kämpfen, wie wir es tun würden!
- Erst wenn die Produktion eines Hemdes oder eines Schuhs in der Türkei oder in Indien genausoviel kostet wie in Österreich, werden keine ArbeiterInnen und Angestellte mehr wegen Produktionsverschiebungen über ganze Erdteile hinweg entlassen werden. Es liegt in unserem eigenen Interesse, daß Menschenrechte und eine gerechte Wirtschaftsordnung in allen Ländern der Erde gültig sind.
- Nicht das "Wegschicken" der AusländerInnen kann neue Arbeitsplätze schaffen, sondern nur eine gerechte Aufteilung der notwendigen und sinnvollen Arbeit. Nur weniger sinnlose und umweltzerstörende Produktion, nur eine Arbeitszeitverkürzung kann Arbeitsplätze schaffen!

Erst wenn AusländerInnen und ÖsterreicherInnen die gleichen Rechte haben, kann es gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen geben!

- **Gegen Rassismus**
- **Gegen das FPÖ-"Volks"begehren**
- **Gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierung!**

Wir sind alle Geschwister in einem Land und auf einer Erde!

QUERFORMAT

Impressum: Medieninhaber: QUERFORMAT; 1240 Wien, Solidaritätsring 13a; Eigendruck

10.00-22.00, Grazer Kongreßzentrum, Schmiedgasse 2, Saal Steiermark: Freiheitliches Forum "Ideen und Ideologien in Mitteleuropa", "Multikulturelle Gesellschaft oder Ethnopluralismus: Österreich ein Einwanderungsland oder Recht auf Heimat?" mit Robert Hepp (Osnabrück), Rudolf Eder (WU Wien), Josef Schmid (Bamberg), Carl Gustaf Stuhlm (Die Welt), Peter Pelinka (NEWS), Hans Werner Scheidl (Die Presse), Roland Gärtner, Henning Eichberg, Günther Nenning, Wolfgang Dachmayer (Meinungsforscher), Jörg Haider, Kurt Krenn (Erzbischof), Manfred Matzka (Sektionschef im BMfU), veranstaltet vom Freiheitlichen Bildungswerk (0222/512 94 32/20).

Aktionswoche der österreichischen Plattform gegen Fremdenhaß

Tirol

22.1.: Lichterkette gegen Ausländerinnenfeindlichkeit der Plattform "Uns zuliebe", 18 Uhr, Goldenes Dachl, Innsbruck.

Salzburg

22.1.: Fackelzug, Kundgebung und Kulturprogramm.

Graz

18.-23.1.: Aktionstage mit ständigem, infotisch, Kultur und Theater in der Innenstadt.

Klagenfurt / Celovec

19.1.: Video von Antonia Rados über jugendlichen Rechtsextremismus im neuen Deutschland, anschließend Diskussionsforum, 19 Uhr, Universität Klagenfurt.

Wien

20.1.: "Fremd Sprachen" (Schreiben zwischen zwei Kulturen), Film in der Medienwerkstatt, Neubaugasse 40A, 1070 Wien.

20.1.: Uni Wien / AudiMax, Eingang: "...und bist du fremd, so gebrauchen wir Gewalt" - szenisch/aktionistische Darstellung der österreichischen Lösung des "Ausländerproblems". Mahnwache, eine Grenze, Rollzeit, Schreibtischtäter, Passanten zur Überprüfung ihrer Abstammung.
Veranstalter: KSV

21.1.: "Miteinander leben, voneinander lernen", Städtische Bücherei, Schwendergasse 41, 1150 Wien. Lesung mit steirischen Autoren, Diskussion.

21.1.: 11 Uhr pünktlich, U-Bahnstation Meidlinger Hauptstr. Beginn des "antirassistischen Stadtspaziergangs" durch mehrere Bezirke unter dem Motto "Die Arche ist voll - Katholikenproblem lösen!".
Veranstalter: TATblatt

25.1.: "Lichter für Menschlichkeit", 17.45 – 18 Uhr, mit Kundgebung, Veranstalter: "Plattform Hernals miteinander".

Samstag, 23.1.: Abschlußkundgebung in Wien

14 Uhr, Europaplatz (Westbahnhof): Demonstration zum Ballhausplatz, 15 Uhr: Kundgebung.

Achtung: Der internationalistische Block trifft sich (ebenfalls 14 Uhr) bei der U6-Station Westbahnhof und reiht sich in die Demo ein.

Abrd werden Videofilme präsentiert, die beispielgebend für die Medienarbeit mit speziellen Zielgruppen sind. Emine, das Mädchen aus der Türkei (8 min): Die türkischen Mädchen thematisieren in diesem Spielfilm ihre Situation zwischen der traditionellen Alltagskultur ihrer Familie und der Lebensweise ihrer Mitschülerinnen. Der wandernde Mantel, ungeheure Videowitze (30 min): Videocollage mit Erzählungen, behindertenspezifischen Darstellungsformen, Trickszenen, in Zusammenarbeit vom Verband für Spastikerbetreuung und mehrfachbehinderten Jugendlichen und Erwachsenen entstandener TV-Clip (30 min): Szenen, Berichte und Werbespots aus dem Alltag der vorwiegend türkischen und jugoslawischen Kinder & Jugendlichen des Huberpark.

ab 10.00, VHS Stöbergasse, 5, Stöbergasse 11-15, (Tel. 89 668): Symposion **Schriftsteller und Nationalismus**: Literarischer Brunch.

Montag, 1. Februar

9.00-18.00, ifp, 7, Ziegelgasse 49/II: **Presseaussendungen, Pressekontakte, Pressemeldungen**. Zielgruppe: MitarbeiterInnen in Organisationen, Vereinen und Institutionen. Kursinhalt: Medienlandschaft in Österreich, Printmedien, Mediengesetz (Copyright, Urheberrechte), elektronische Medien und Hintergrundinformationen, Aufbau einer Zeitung, regelmäßige Pressekontakte, Pressemappen, Pressekonferenzen, als Praxisbeispiel: Erstellen einer Presseaussendung (Gruppenarbeit). Unkostenbeitrag: S 900,- (Anmeldung eigentlich nur bis 15.1.1993, aber vielleicht sind noch Plätze frei). Anmeldung an: IFP-Studiengänge, 1070 Zieglergasse 49/II.

Mittwoch, 3. Februar

3. und 4.2.1993 jeweils 9.00 bis 18.00, IFP - Institut für Freizeitpädagogik, Zieglergasse 49/1, 1070 Wien: **Moderationstechnik**; Referentin: Mag. Eva Tesar. Kursinhalt: Schwerpunkte der Moderationstechnik kennenlernen/erlernen, Übungen, theoretische und praktische Ansätze. Unkostenbeitrag: S 900,-. Anmeldung: bis 20.1.1993 an das IFP-Institut für Studiengänge, 1070, Zieglergasse 49/II.

Donnerstag, 4. Februar

19.00, VHS Stöbergasse, 5, Stöbergasse 11-15: **Brennende Straßen. Die ausländischen Jugendbanden in Wien** mit Mustafa Karasu und Christian Mailer. Eine Diskussionsrunde des türkischen Journalisten Mustafa Karasu über die Jugendszene Wiens mit anschließender Diskussion.

jeden Freitag ab 19.00: Antifa-Cafe
jeden Samstag ab 19.00: **Info- und Spielecafe und Volxküche**

AIDS-Hilfe Wien:
Beratungsstelle: Wickenburgg. 14, 1080; Öffnungszeiten: Di 16-20.00, Do 10-14.00, Fr 14-18.00; Telefonische Beratung: Mo und Mi 10-14.00
Positive Line (Positive beraten Positive):
Mo 15-19.00, Tel.: 408 61 86, 408 61 87
Safer Sex Hotline: 408 61 86, Mi und Fr 18-20.00

Menschen und AIDS - Club Plus (+)
Selbsthilfegruppe Wien
Montag: Positiv-Telefon 14-17.00: 403 33 74, 408 67 49.
jeden Freitag von 19-22.00 ist Club-Treffen (1080, Lenaug. 17, durch den Hof, 1. Stock, bei AIDS Hilfe anläuten)

Piraten Radio 103,3 FM, jeden Freitag, 19.00: Radio TU, 20.00: RADIO DURUTTI.

jeden Mittwoch 21.00: **Gay-Girl-Night** (nur für Frauen) im Volksgarten (Eintritt öS 60.-).

jeden Di und Do, 18.30: **Anti-psychiatrisches Forum - Betroffenenoffensive** (1., Drurygasse 23/1, Tel. 7219714)

jeden Sonntag, 18.00: **Offenes Plenum wegen Anti-Ausländerinnen-Volksbegehren** (EKH, 10, Wielandgasse 2-4)

Alibi

Termine

Niederösterreich:

Baden:

Mittwoch, 20. Jänner

19.30, Theater im Stog/Kreativzentrum, Elisabethgasse 14, Saal 1, Podiumsdiskussion: **"Gelehrten durch Ausländer - Standpunkte zum Ausländer-Volksbegehren der FPÖ"** Teilnehmende: Heinz Fassmann (Demograph, Akademie d. Wissenschaften), Winfried Altmann (Volkspolit. AU-Wien), Thomas Hieden (Rechtsanwalt), Hermann Scheidel (FPÖ), Ziel d. Veranstaltung ist es, durch sachliche Information über Probleme, entsprechenden Migrationsbewegungen und ihre Auswirkungen auf Österreich der Emotionalisierung, die damit, als auch durch dieses Volksbegehren verbunden ist, entgegenzuwirken (Info d. Veranstaltenden)

Steiermark:

Graz:

Donnerstag, 21. Jänner

11.00, U4 Meidling, Abgang Meiselau; Treffpunkt zum satirisch-antifaschistischen Stadtspaziergang: **Das Kabarett-Duo Hinz und Kunz** (Anmeldung: 526 22 09)

19.30, Exerzitien- und Bildungshaus Lainz, 13, Lainzer Straße 138 (804 75 33), Rechtsruck in Österreich?, Dr. Anton Pelinka: Die Versuche einer Erweiterung der politischen Lage in Österreich, in denen nicht erst seit der Einleitung eines "Ausländer-Volksbegehrens" darüber gestritten wird, daß auf der politischen Ebene "rechtes" Gedankengut wieder Fuß zu fassen beginnt. Und zwar nicht nur in der (den) einschlägigen Partei(en). Teilnahmebeitrag: öS 70.-

Wien

Dienstag, 19. Jänner

aus konkretem Anlaß: Hammelbraten am Stephansplatz (genauer Termin noch nicht bekannt)

19.00, VHS Hietzing: **Ist der Marxismus am Ende?**, mit: Walter Baier

Mittwoch, 20. Jänner

14.00, Öst. Gesellschaft f. Umweltschutz und Technik (ÖGUT), 9, Türkenstraße 25, Sitzungssaal; Projektgruppe Medien und Information **"Umweltberichterstattung aus der Magazinperspektive"**

18.00-20.00, Uni Wien, 1, Karl Lueger-Ring 1, HS 45: Vortragsreihe Feministische Prospekte: **Die Radikalität der Erkenntnis**. Im Rahmen feministischen, postmodernen Denkens werden unter anderem traditionelle abendländische Begriffskonstitutionen wie "Subjekt"/"Körper", "Erkenntnis" und "Wahrheit" hinterfragt.

Donnerstag, 21. Jänner

11.00, U4 Meidling, Abgang Meiselau; Treffpunkt zum satirisch-antifaschistischen Stadtspaziergang: **Das Kabarett-Duo Hinz und Kunz** (Anmeldung: 526 22 09)

19.30, Exerzitien- und Bildungshaus Lainz, 13, Lainzer Straße 138 (804 75 33), Rechtsruck in Österreich?, Dr. Anton Pelinka: Die Versuche einer Erweiterung der politischen Lage in Österreich, in denen nicht erst seit der Einleitung eines "Ausländer-Volksbegehrens" darüber gestritten wird, daß auf der politischen Ebene "rechtes" Gedankengut wieder Fuß zu fassen beginnt. Und zwar nicht nur in der (den) einschlägigen Partei(en). Teilnahmebeitrag: öS 70.-

Freitag, 22. Jänner

15.00, iwk, Berggasse 17/1, 1090: **Wie frei sind die freien Berufe**

Montag, 25. Jänner

18.00-21.30, ifp, 7, Zieglergasse 49/Hintertrakt: **Schuhe selber fertigen**. Vom Schnabelschuh aus Leder zum Mokassin. Kurs von 25.1.-28.1. (tägl. 18.00-21.30), Kosten: öS 100

Mittwoch, 27. Jänner

18.00, Grünes Haus, 7, Lindengasse 40, Großer Saal: Info-Abend **Verkehrs-idee, Ausländer-Politik** mit Christoph Chorherr

18.00-20.00, Uni Wien, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 1, HS 45: Vortragsreihe Feministische Prospekte: **Von Panoramen, Passagen, Panoptikum und anderen Tempeln der Vernunft**. Eine Exkursion in die Raumstation 001 (2, Taborstr. 44/II/35). Anschließend Reflexion u. Diskussion d. Vortragsreihe, Tanz.

19.00-21.40, Medienzentrum d. Stadt Wien, 7, Zieglergasse 49/Hintertrakt: Das MZ präsentiert medienpädagogische Modelle. An diesem Abend Singspiele usw. für die sogenannten lustigen Tage, für Kindergruppen, Klassen und Hortgruppen. Spaß-, Quatsch- und Blödellieder. Anmeldung: 523 37 22

20.00, Amerlinghaus, 1070, Stiftgasse 8, Lesung mit Musik: **Küßt die Faschisten wo ihr sie trefft**, mit Texten von: Erich Fried, Kurt Tucholsky etc.

Freitag, 22. Jänner

15.00, iwk, Berggasse 17/1, 1090: **Wie frei sind die freien Berufe**

Montag, 25. Jänner

18.00-21.30, ifp, 7, Zieglergasse 49/Hintertrakt: **Schuhe selber fertigen**. Vom Schnabelschuh aus Leder zum Mokassin. Kurs von 25.1.-28.1. (tägl. 18.00-21.30), Kosten: öS 100

Mittwoch, 27. Jänner

18.00, Grünes Haus, 7, Lindengasse 40, Großer Saal: Info-Abend **Verkehrs-idee, Ausländer-Politik** mit Christoph Chorherr

18.00-20.00, Uni Wien, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 1, HS 45: Vortragsreihe Feministische Prospekte: **Von Panoramen, Passagen, Panoptikum und anderen Tempeln der Vernunft**. Eine Exkursion in die Raumstation 001 (2, Taborstr. 44/II/35). Anschließend Reflexion u. Diskussion d. Vortragsreihe, Tanz.

19.00-21.40, Medienzentrum d. Stadt Wien, 7, Zieglergasse 49/Hintertrakt: Das MZ präsentiert medienpädagogische Modelle. An diesem Abend Singspiele usw. für die sogenannten lustigen Tage, für Kindergruppen, Klassen und Hortgruppen. Spaß-, Quatsch- und Blödellieder. Anmeldung: 523 37 22

20.00, Amerlinghaus, 1070, Stiftgasse 8, Lesung mit Musik: **Küßt die Faschisten wo ihr sie trefft**, mit Texten von: Erich Fried, Kurt Tucholsky etc.

Donnerstag, 28. Jänner

19.00, Erste Österreichische Sparkasse, 15, Märzstraße 50: **Präsentation Projekt Tautenhayngasse**, ökologische Bauprojekte GmbH Chorherr & Reiter; ca 1 Monat lang ausgestellt

19.30, Saal d. Ingenieur- u. Architektenkammer: **"Warum hat Dänemark eine Energiepolitik und Österreich nicht?"** Veranstaltung mit Dr. Krawinkel, Fachmann f. Energiepolitik im Energieministerium Schleswig-Holstein.

Freitag, 29. Jänner

13.00, Buchhandlung Manz, 1, Kohlmarkt 16: Seminar **"Vorverurteilung und Medien - der Medienanwalt als Verteidiger im Strafverfahren"**

20.00, Ernst Kirchweger-Haus, 10, Wielandgasse 2-4: Permanente Psychose-Megasound präsentiert: The Stand, Müllitant, EKH industrieprojekt, u.a.

Samstag, 30. Jänner

20.00, EKH, 10, Wielandgasse 2-4: **Rechtshilfekurs** mit Sturm, Lerms etc.

ab 15.00, VHS Stöbergasse, 5, Strobelgasse 11, 15, Tel. 54 000: Symposion **Schöpfertum und Nationalismus** (30. - 31. Jänner)

Sonntag, 31. Jänner

regelmäßige Termine

Oberösterreich

Aidshilfe Linz, 4, 4020 Linz, Ordnungszeiten: Montag 15-18.00, Mittwoch 17-20.00, Donnerstag 10-13.00, Freitag 12-15.00, Tel. 07 32/21 76.

Homosexuelle Initiative Linz (Postfach 43, 4013 Linz), **Rosa Telefon**: 07 32/78 20 51 jeden Montag 20-22.00 (sonst Tonbanddienst)

Leben mit dem Regenwald. Indianer vom Amazonas. Ausstellung bis 14.3.93, Di-So 9.00-17.00, Do bis 20.00; Schloßmuseum Linz, Tummelplatz 10

Wien

jeden Tag, ab ca. 17.00: **Telefonzeitung "ANNA"** die ANderen NAchrichten unter Telefon Nr. 5880 15801

Das Frauenzentrum Beisl 1090, Währinger Str. 59/6, Ecke Prechtlgasse, ist zu folgenden Zeiten geöffnet: Mittwoch und Freitag von 19.00-24.00, am 1. Samstag im Monat gibt es ab 21.00 Disco, jeden 2. Samstag im Monat (nichtfeis) Disco ab 21.00, jeden 4. Samstag im Monat 21.00-01.00 (keine Diskussion)

RAF (Radfahren am Freitag)

QUERFORMAT

WANDZEITUNG GEGEN DEN RECHTSRUCK

Nr. 2 JÄNNER 1993

Haben Sie Angst um Ihren Arbeitsplatz ?

Immer wieder ist es zu hören: Ausländerinnen und Ausländer nehmen Österreicherinnen und Österreichern angeblich die Arbeitsplätze weg. Ausländerinnen und Ausländer sollen schuld sein an der Arbeitslosigkeit und der schlechten Wirtschaftslage... Ist das wahr?

Warum werden so viele Menschen arbeitslos?

Noch vor zehn Jahren arbeitete der größte Teil aller ArbeiterInnen und Angestellten 40 Stunden lang zu einem fixen Lohn an irgendeiner Maschine oder einem Schreibtisch. Heute arbeiten immer weniger Menschen als "FacharbeiterInnen" an einer bestimmten Maschine. Immer mehr Menschen müssen außerhalb der "normalen" Arbeitszeiten arbeiten. Computer haben es möglich gemacht, daß fast jeder und jede nach nur kurzer Einschulung Maschinen steuern kann, die unter Kontrolle eines Computers Tag und Nacht Elektrogeräte, Autos oder Möbel herstellen. Dazu braucht ein Unternehmer heute keinen "Fachmann" und keine "Fachfrau" mehr. Und kein Unternehmer muß heute einem Facharbeiter höhere Löhne zahlen, weil dieser Facharbeiter sonst zur anderen Firma gehen könnte. Viele Menschen suchen Arbeit; und sie alle können nach kurzer Einschulung per Computer Maschinen steuern,.....

"Wozu einer Arbeiterin oder einem Arbeiter höhere Löhne zahlen", denken sich viele Unternehmer, "wenn ich am nächsten Eck' einen anderen Trottel finde, der diese Arbeit um einen Hungerlohn macht...."

Viele Menschen werden auch gekündigt, weil Menschen in Südamerika, in Asien oder Afrika um noch viel geringere Löhne arbeiten müssen, als in den Industrieländern. Die Betriebe in Österreich werden geschlossen und in Brasilien, Singapur oder Südkorea wieder aufgesperrt!

Warum wollen Unternehmer bei den Löhnen sparen?

In Österreich wird, wie in allen Ländern Westeuropas, in Nordamerika und in Japan, viel ZUVIEL produziert. Zuviele Lebensmittel, zuviele Fernseher und zuviele Autos. Wirtschaftlich überleben kann daher nur, wer entweder billiger produzieren kann (weil er oder sie z.B. nicht in Umweltschutz- oder ArbeiterInnenschutz-Maßnahmen investiert), oder den ArbeiterInnen und Angestellten weniger Lohn bezahlt.

Die Umwelt ist uns wichtig! Bei ihr darf nicht gespart werden, wenn wir und unsere Kinder noch weiterleben wollen.

Wer seine Produkte billiger verkaufen möchte als andere, spart also bei den ArbeiterInnen und Angestellten.

Warum sind AusländerInnen billige Arbeitskräfte?

AusländerInnen sind von der Willkür des Arbeitgebers und der Behörden viel abhängiger als Österreicherinnen. Sie müssen arbeiten, weil sie ansonsten ihre Aufenthaltsgenehmigung verlieren. AusländerInnen werden ausgewiesen, wenn sie nicht für ihren eigenen Unterhalt sorgen können (AusländerInnen haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe, Wohnbeihilfe oder Notstandshilfe, obwohl sie genauso hohe Steuern zahlen wie ÖsterreicherInnen). Das heißt also, daß sie auch einen Lohn akzeptieren müssen, um den ÖsterreicherInnen nie im Leben arbeiten würden.

Was wäre, wenn es keine oder weniger AusländerInnen gäbe?

AusländerInnen sind billige Arbeitskräfte, weil sie von schlechten Gesetzen dazu gezwungen werden billig zu sein. Und sie werden dazu gezwungen, billig zu sein, weil viele Unternehmer nicht bereit sind, gerechte Löhne zu bezahlen. Würde jetzt die Zahl der AusländerInnen in Österreich, wie es die FPÖ fordert, verringert werden, gäbe es zwar weniger AusländerInnen; Aber wären die Unternehmer deswegen bereit, gerechte Löhne zu bezahlen?

Nein! Kein Unternehmer würde höhere Löhne zahlen! Egal, ob er ÖsterreicherInnen oder AusländerInnen beschäf-

→ Fortsetzung auf Seite 2 (gleich darunter oder daneben)

Impressum: Medieninhaber: QUERFORMAT; 1240 Wien, Solidaritätsring 13a; Eigendruck

KEIN GRUND, SCHWARZ ZU SEHEN...

ORF und Post versuchen derzeit mit großem Werbeaufwand, "Schwarzseher" einzuschüchtern. *"Jetzt kommen die Kontrollore der Post auch in Ihren Bezirk. Wir bitten Sie daher, Ihre gültigen Bewilligungsurkunden und die letzten Einzahlungsbelege bereit zu halten. Die Kontrollorgane werden sich unaufgefordert mit Dienstausweis und Dienstmarke der Republik Österreich ausweisen und sind berechtigt, Ihre Wohnung zu betreten, um festzustellen, ob Sie im Besitz eines Radio- bzw. Fernsehgerätes sind."* Diese Warnung ließ der ORF von der Post an alle Haushalte Österreichs verteilen.

Am 17.September 1992 stieß der Standard ins gleiche Horn: *"Den Kontrollen von Rundfunkgeräten sind Tür und Tor geöffnet — weiter als normalen Polizeibeamten."* Daß die Post auch ohne Hausdurchsuchungsbefehl in die Wohnung kann, *"sei verfassungsrechtlich vollkommen in Ordnung und ausjudiziert, befindet der Wiener Verfassungsprofessor Bernhard Raschauer"*. Wirklich? Warum gehen dann nicht die Postbeamten auf Verbrecherjagd? Anruf bei Prof. Raschauer: *"So hab'ich das sicher nicht gesagt."* Vielmehr sei es im Gespräch mit dem Standard darum gegangen, ob ein Gesetz eine Behörde ermächtigen könne, eine Wohnung zu betreten.

Zwischen Betreten und Hausdurchsuchung liegt aber ein großer Unterschied. Der Gasmann darf die Wohnung betreten, um den Zähler abzulesen, oder wenn der Verdacht auf eine Störung vorliegt. Den Rauchfangkehrer muß man ebenfalls hereinlassen. Und auch den Postbeamten ist Tür und Tor geöffnet, wenn mit dem Telefon etwas nicht in Ordnung ist. Eine große Zahl von Gesetzen ermächtigt Behörden dazu, die Wohnung zu betreten. Leider sind diese Bestimmungen oft nicht sehr klar gefaßt. In § 6 Abs. 1 der Rundfunkverordnung 1965 heißt es z.B.: *"Zur Durchführung der den Fernmeldebehörden obliegenden Aufsicht ist den hiezu ermächtigten und sich gehörig ausweisenden Organen der Zutritt zu den Empfangsanlagen zu gestatten oder zu ermöglichen."* Diese allgemeine Ermächtigung bedeutet allerdings nicht, daß die Post in jedem Fall Einlaß verlangen darf. Da ein Eingriff in das Hausrecht (Art. 9 StGG, Hausrechtsgesetz) vorliegt, muß die Post einen Grund haben - z.B. den Verdacht auf eine Störung.

Frau Dr. Überhuber von der Rechtsabteilung der Post liest dieselbe Bestimmung etwas anders. Unter Aufsicht und Zutritt zu den Empfangsanlagen versteht sie auch das Recht, die Wohnung zu betreten und sich dort umzusehen, ob überhaupt eine Empfangsanlage vorhanden ist. *"Was wir machen, sind ja keine Durchsuchungen. Meist stehen die Geräte ja offen da. Wenn der Fernseher im Kasten steht, wird ihn der Kontrollor auch nicht finden."* Obwohl diese Rechtsansicht durch das Gesetz sicher nicht gedeckt ist, hat sie doch etwas Wahres an sich. Wer den Kontrollor freiwillig hereinläßt, wird sich nämlich dann, wenn dieser das frei stehende Gerät sieht, nicht wegen einer Verletzung des Hausrechts beschweren können. Nach der ziemlich bedenklichen Judikatur des VfGH liegt nämlich eine Hausdurchsuchung nur dann vor, wenn systematisch gesucht wird.

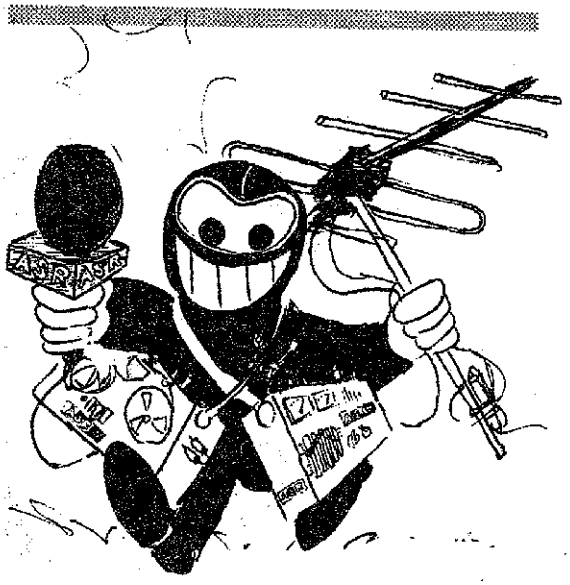
Was ist, wenn man den Kontrollor nicht hereinläßt oder sich weigert, einen Kasten zu öffnen? In einem Erkenntnis vom 12. Juni 1986 (VfSlg. 10897/1986) hatte der Verfassungsgerichtshof sich mit folgendem Fall befaßt: Aufgrund einer telefonischen Anzeige (*"Herr S. besitzt verbotene Funkgeräte und bewahrt sie im Kasten neben der Funkstelle auf."*) kontrollierten zwei Beamte der Post unter Assistenz eines Polizisten das (genehmigte) Funkgerät des Herrn S. Dann verlangten sie, daß der Kasten geöffnet werde, was S. verweigerte. Sie öffneten den Kasten, fanden mehrere Funkgeräte und beschlagnahmten sie. Der VfGH entschied: *"Da die Durchsuchung nicht von der Sicherheitsbehörde angeordnet und auch nicht vom Organ einer Sicherheitsbehörde vorgenommen wurde, ein solches Organ vielmehr nur zur Assistenzleistung bei der Amtshandlung von Organen der Fernmeldebehörde beigezogen worden war, sind die Voraussetzungen des § 3 Hausrechtsgesetz nicht erfüllt. Der Beschwerdeführer ist durch diese Amtshandlung daher im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Hausrecht verletzt worden."*

Was der VfGH hier zur Durchsuchung des Kastens gesagt hat, gilt wohl auch für eine Durchsuchung der gesamten Wohnung. Wird dem Kontrollor der Eintritt verwehrt, so darf er ihn nicht erzwingen. Es genügt auch nicht, wenn er einen Polizisten zur Assistenz holt. Vielmehr muß die Durchsuchung von der Sicherheitsbehörde selbst angeordnet und vorgenommen werden. Der Polizist muß diese Anordnung dem Beteiligten vorweisen. Nur bei Gefahr im Verzug darf er auch ohne Anordnung suchen. Auf Verlangen des Beteiligten muß binnen 24 Stunden eine Bescheinigung über die Vornahme der Hausdurchsuchdung und ihrer Gründe zugestellt werden. Wird bei einer Hausdurchsuchung nichts Verdächtiges ermittelt, so muß dies dem Beteiligten auf Verlangen ebenfalls bestätigt werden.

Wird entgegen diesen Bestimmungen eine Hausdurchsuchung vorgenommen, so ist dies - falls es vorsätzlich geschieht - Amtsmißbrauch (§ 302 StGB, Strafrahmen: sechs Monate bis fünf Jahre). Eine fahrlässige Verletzung des Hausrechts wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft (§ 303 StGB).

Strittig ist, ob die Polizei einen richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl benötigt. Das Fernmeldegesetz verlangt einen solchen nicht, aber der Verfassugsgerichtshof hat in (relativ alten) Entscheidungen eine andere Meinung vertreten. Bei Gefahr im Verzug ist ein richterlicher Befehl jedenfalls nicht nötig.

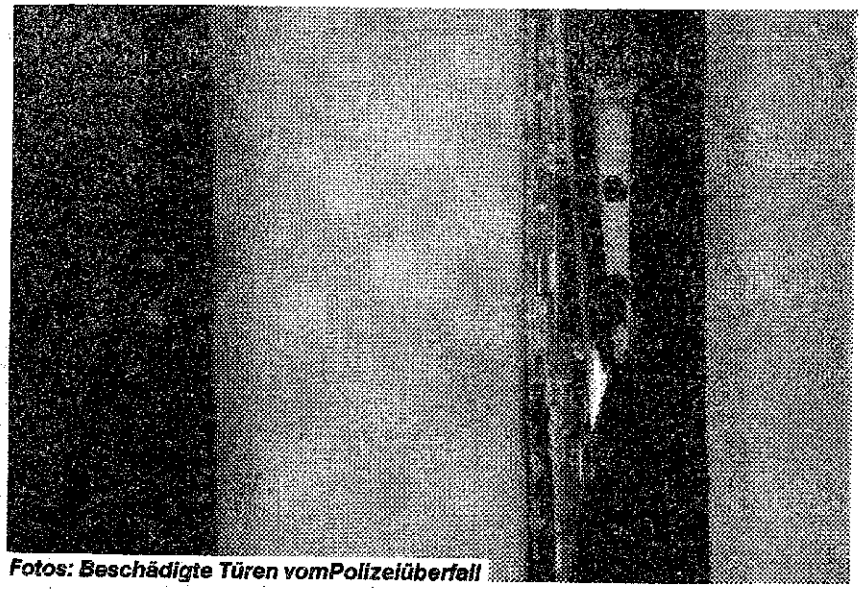
Weist man die Rundfunkbewilligung an der Wohnungstür vor, so fällt jedenfalls jeder Grund für eine Hausdurchsuchung weg. Das dürfte aber nach Auskunft der Post nicht vorkommen, da nur jene Haushalte überprüft werden, die keine Bewilligung haben. Soweit überhaupt geprüft wird. Denn die Beamten der Post werden es wohl kaum schaffen, allen angeblich 600.000 Schwarzsehern (ORF-Schätzung) einen Besuch abzustatten.●



ASR

Wien: Antirassistische Sendestörungen

Anläßlich des Rassismus-Begehrens der FPÖ wurde nun auch das Autonome Stadtradio (ASR) wieder verstärkt aktiv. Die im letzten TATblatt vorgestellte Sendung wird, erweitert mit einem volksbegehrensspezifischen Teil, derzeit fast täglich in verschiedenen Teilen Wiens über das Ö3-Programm "drüberblasen" (was heißt, daß statt Ö3, lokal begrenzt, ASR zu hören ist).



Fotos: Beschädigte Türen vomPolizeiüberfall

Vermummte Polizisten überfallen das EKH

Zur Praxis des neuen Fremdengesetzes

(Internationalistische Vereinigung zur Verhinderung rassistisch motivierter Polizeiübergriffe)

Am 8.1.1993 wurde das Fremdengesetz, das seit 1.1.93 In Kraft ist, in der Praxis geübt.

Gegen 23 Uhr stürmten Polizisten verschiedener Abteilungen (Alarmis und Zivile) den 4. Stock des antifaschistischen Zentrums Ernst-Kirchweger-Haus in Wien 10., Gudrunstraße/Wielandgasse. Der angebliche Grund dieser Hausdurchsuchung: ein Überfall eines jugoslawischen Staatsbürgers auf eine Billa-Filiale im 10.Bezirk.

Die Polizei stürmte also den 4. Stock unter dem Vorwand, einen Jugoslawen zu suchen. Es war allerdings sehr schnell zu bemerken, daß keineswegs nur eine Person gesucht wurde. Der Wohnbereich von KurdInnen und wurde zielstrebig angesteuert und abgeriegelt. Und damit kein Zweifel aufkommt: eine Wohnung im selben Stock, die von einem Österreicher bewohnt wird, blieb unangetastet.

Wir schließen aus dieser Vorgangsweise, daß es der Polizei hauptsächlich darum ging, das neue Fremdengesetz exemplarisch an einem Haus zu exekutieren, das dafür bekannt ist, Flüchtlingen und anderen ausländischen Menschen Unterkunft zu gewähren.

Wie sieht diese Hausdurchsuchung nach dem neuen Fremdengesetz praktisch aus:

Ca. 20 Uniformierte der Alarmabteilung (wega) in Begleitung von etlichen Zivilbeamten stürmen den 4. Stock des Ernst-Kirchweger-Hauses und konzentrieren sich sofort auf die linke Seite dieses Stockwerkes. Österreichische BewohnerInnen des EKH fragen nach, was sie da wollen, ob sie einen Hausdurchsuchungsbefehl haben. Es werden widersprüchliche oder falsche Antworten gegeben: zuerst heißt es, den Hausdurchsuchungsbefehl bekommen wir nach der Aktion, es gehe uns nichts an, warum sie da sind; dann heißt es, einen Hausdurchsuchungsbefehl gäbe es derzeit nur telefonisch. Den Auftrag hätten sie telefonisch von einem U-Richter bekommen. Offensichtlich weiß die Polizei sehr genau wo sie zu suchen hat (ebenso offensichtlich war es, daß sie den gesuchten Jugoslawen dort nicht finden werden). Alle Zimmer im Wohnbereich der KurdInnen werden gestürmt - teilweise mit gezogener Waffe. Verschlossene Türen werden mit einem Vorschlaghammer zertrümmert. Alle BewohnerInnen müssen sich am Gang aufstellen, die Hände erhoben und an der Wand, hinter ihnen ein Bulle mit gezogener Waffe. Die - teilweise mit "Haßkappen" vermummten - Polizisten verschließen die Zimmer von innen (mit ihren Handschellen) und durchsuchen, d.h.verwüsten sie. Den Leuten wird ein Paß des vermeintlich gesuchten Jugoslawen gezeigt, es wird gefragt, ob sie diesen kennen. Zwei Leute werden geschlagen, weil sie weder die Frage verstehen, noch darauf antworten können.

Auf die Frage, was sie in den Zimmern überhaupt suchen, immer die gleiche Antwort: Beweismaterial. Wofür, und was dieses Beweismaterial sein soll, wird nicht gesagt. Immer wieder kommt die Drohung, daß auch der 3. und der 2. Stock durchsucht werden sollen.

Im 4. Stock wird ein Kurde, der keine Papiere hat, festgenommen und abgeführt. Auf die Frage nach dem Grund der Verhaftung werden nur ausweichende Antworten gegeben. Am nächsten Tag erfahren wir, daß der Kurde aus fremdenpolizeilichen Gründen festgenommen wurde, und in Schubhaft genommen wird.

Die Polizei nimmt 2 Kartons, wahrscheinlich mit Flugblättern, mit. Es werden von Polizeifotografen viele Bilder im Haus gemacht, teilweise wird versucht, auch Leute zu fotografieren. Es geht ihnen aber anscheinend mehr darum, das Haus von innen kennenzulernen.

Sehr schnell wurde von den österreichischen BewohnerInnen eine Telefonkette ausgelöst. Innerhalb relativ kurzer Zeit kommen ca. 50 Leute ins Haus, darunter auch ein Gemeinderat der Grünen. Er wird (von der Polizei, Anm.) erst reingelassen, als er sich als Gemeiderat ausweist. Ein Bewohner, der sich als MieterInnenvertreter deklariert, wurde zuvor nicht ins Haus gelassen.

Fazit: unter dem Vorwand, einen Jugoslawen, der an einem Raub beteiligt gewesen sein soll, zu suchen, wurden ausländische Menschen brutal aus ihren Wohnungen geholt und ihre Zimmer verwüstet. Eine rechtliche Grundlage konnte nicht vorgewiesen werden. Das ganze war rassistische Ausübung rassistischer Gesetze. Ein Kurde, der keine Papiere hatte und gerade im Haus anwesend war, wurde festgenommen und in Schubhaft gesteckt.

Die Polizei versucht offensichtlich mit dieser dritten Hausdurchsuchung im EKH innerhalb von 5 Wochen eine argumentative Linie aufzubauen, die im Bedarfsfall gegen dieses Haus angewandt werden kann. Zuerst war der Vorwand "Drogen", jetzt "Krimineller".

Die Vorgangsweise der Polizei ist in Zusammenhang mit der repressiven, rassistischen Gesetzeslage in Österreich zu sehen, die es zum Beispiel ermöglicht, Hausdurchsuchungen in Wohnungen in denen sich mehr als 5 Menschen aus anderen Ländern aufhalten, ohne richterlichen Befehl durchzuführen.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE FREILASSUNG DES VERHAFTETEN! ORGANISIERT DEN ANTIRASSISTISCHEN SCHUTZ

internationalistiche Vereinigung zur Verhinderung rassistisch motivierter Polizeiübergriffe, 1100 Wien, Wielandgasse 2-4

Franz räumt!

Seit mehr als einem halben Jahr streiken die 270 Arbeiterinnen und 10 Arbeiter einer Schuhfabrik in Istanbul-Corlu. Der Streik hat Österreichbezug: Er richtet sich gegen die Ausbeutung durch die österreichische Schuhfirma "Humanic". Aus der Presseerklärung vom 8.1.1993

Nach ergebnislosen Lohnverhandlungen verhängte der Arbeitgeber, die Firma Humanic am 22.6.92 die Aussperrung der 280 ArbeiterInnen, noch bevor diese zu streiken begonnen hatten. Das löste den Widerstand der ArbeiterInnen bei Humanic aus. Mit dem Streikbeschluß der zentralen LederarbeiterInnen-Gewerkschaft der Türkei begann am 6.7.92 der Streik.

Seit über 30 Jahren gab es weder in der Türkei noch in Europa eine von der Fa. Humanic verhängte Aussperrung von ArbeiterInnen. Wie gesagt, noch bevor die Gewerkschaft den Streikbeschluß faßte und die ArbeiterInnen streikten, wurde die Aussperrung verhängt.

Jetzt zieht sich der Streik über 7 Monate hindurch und geht weiter, jedoch blieben alle Appelle an den Arbeitgeber ergebnislos. Die Humanic-ArbeiterInnen richteten mehrere Warnaktionen gegen den Arbeitgeber, der Widerstand leistete und nicht verstehen wollte.

Der Lohnvorschlag der ArbeiterInnen lautet auf 2.500.000,-TL Lohnerhöhung zusätzlich zu ihrem jetzigen Lohn, der 1.300.000,-TL beträgt (TL=Türkische Lira; 1 ÖS=758 TL im 1/93; Anm.d.Ü.). Was den Respekt gegenüber den ArbeiterInnen betrifft, ist dieses Verhalten wie ein Barometer. Da der Arbeitgeber Humanic sich auf die antidemokratischen Gesetze der Türkei stützt, stärkt ihn das in seiner Position, und er hält sich dabei nicht einmal an seine eigenen Handelsgesetze. Obwohl während der sieben Streikmonate von den ArbeiterInnen verschiedene Warnaktionen durchgeführt wurden, konnte der Humanic-Front nichts Positives abgerungen werden. Weiters wurde dem österreichischen Konsulat ein Papier mit 1.300 Unterschriften samt Beschwerdebrief übergeben. Auch das blieb ohne positives Ergebnis. Als bisher letzte (Aktion; Anm.d.Ü.) wurde am 8.1.93 die SHP-Bezirksorganisation in Corlu besetzt (die sozialdemodratische SHP ist an der Regierung beteiligt; Anm.d.Ü.), um bei dem so langen Streik ein Ende zu erringen (bzw. einen Beschluß zu erhalten; Anm.d.Ü.). Solange wir keinen Beschluß oder kein Licht sehen, während die Aktion noch Tage anhält, wird mit der Besetzung und zugleich falls nötig mit verschiedenen (anderen; Anm.d.Ü.) Aktionen fortgesetzt werden.

Kurz gesagt, weil wir mit unseren Forderungen im Recht sind, sind wir entschlossen, Widerstand zu leisten, und zu siegen. Im Namen der ArbeiterInnen von Humanic und als Lederarbeit-Gewerkschaft der Türkei nun kurz unsere Forderungen:

1 Die Forderungen nach 500.000,-TL Feiertagsgeld (ob ein- oder mehrmalig ist nicht bekannt; Anm.d.Ü.) - wurde nicht akzeptiert;

2 Die Forderung nach 2 Paar Schuhen jährlich jeweils für Sommer und für Winter - wurde nicht akzeptiert;

3 Die geforderte Lohnerhöhung von 2.500.000,-TL zusätzlich zum alten Lohn in der Höhe von 1.300.000,-TL - wurde nicht erfüllt;

4 Der geforderte Lohn, den die ArbeiterInnen auf die Hand bekommen sollen, lautet auf 2.000.000,- bis 2.20.000,-TL netto.

5 Es ist anzumerken, daß sich der Betrieb, an den die oben genannten Forderungen gerichtet wurden, in Corlu befindet und hier die Mieten bei 1.000.000,-TL beginnen.

6 Der Preis der schlechtesten Paar Schuhe, die bei Humanic in Corlu produziert werden, beträgt 300.000,-TL, geht über eine Million TL und steigert sich sogar noch bis zu 1,5 Millionen TL.

7 Die Produkte, die in "unserem" Betrieb in der Türkei hergestellt werden, sind laufend für den Export nach Österreich bestimmt.

Unterstützt den Streik der ArbeiterInnen in Corlu!

Innsbruck:

Hungerstreik kurdischer Gefangener nach 37 Tagen beendet

Zusammenlegung und Ende der Repression versprochen

Ein 36 Tage dauernder Hungerstreik zweier kurdischer Gefangener, dem sich bis zu 50 weitere Kurdinnen und Kurden angeschlossen hatten, ist zuende gegangen. Die Behörden hatten versprochen, zwei der vier Hungerstreik-Forderungen zu erfüllen

(TATblatt Wien)

Seit Juli dieses Jahres befinden sich Muharrrem Aral und Hasan Göksungur in Haft. Die Innsbrucker Staatsanwaltschaft wirft ihnen versuchte schere Erpressung vor. Sie sollen versucht haben, Schutzgelder für die PKK, die Partei der Arbeit Kurdistans zu erpressen. Die Zeugen der Anklage sind unter anderem Ömer Kiziler, Obmann eines österrreichisch-türkischen Kulturvereines, der als Deckorganisation illegaler Tätigkeiten der faschistischen türkischen Regierung angesehen wird (vor allem Drogenhandel wird von türkischen Parlamentariern und sogar Ministern über Vereine organisiert). Oder auch Recep Colak, Diplomat der Republik Türkei...

Angesichts solcher Zeugen fiel eine Verurteilung nicht schwer; auch dewhalb nicht, weil sich unerklärliche Übersetzungsfehler bzw verfälschte Zitate ins Protokoll einschlichen. Aus der Aussage eines Zeugen, wonach es Schwierigkeiten gäbe, "wenn wir (die KurdInnen) uns nicht den Anweisungen Kizilers fügen", fabrizierte das Gericht den Satz: "Wenn wir uns anpassen, gibt es keine Schwierigkeiten."

Die Aussage eines Beschuldigten, er beschäftige sich mit Kultur, mutierte zu "Ich bin für kulturelle Belange der PKK zuständig." Und als schließlich ein weiterer Zeuge bekannte, er würde "nach meinem freien Willen Solidarität" leisten, notierte die Protokollantin, daß der Zeuge "die PKK unterstützen muß, wenn ich Geld habe."

Mit solcherart produzierten "Fakten" war es ein leichtes, die beiden Angeklagten zu jeweils 2 1/2 Jahren Häfn zu verurteilen: Sie sollen versucht haben, gerade den vermeintlichen großen Paten des Drogenkarusells der türkischen Regierung/Abteilung Tirol zu erpressen.

Hungerstreik

Unmittelbar nach dem Urteil traten die Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie forderten von der österreichischen Regierung:

- den Prozeß auf eine gerechte Art und Weise wieder aufzunehmen.
- die Beendigung der Repressalien gegenüber der in österreich lebenden demokratisch-patriotischen KurdInnen.
- die Zusammenlegung der beiden Gefangenen und

Stichwort

ANTI WWG BOKU

WWG
München Juli '92

Inhalt	bundesweite Mobilisierung + ???-Mobilisierung gegen den WWG
	Demonstration 4.7.
	internat. Gegenkongreß 3.-5.7.
	Aktionstage 6.-8.7.
Schwerpunkte	Redebeiträge
	Kongreß High-Lights
	Nachbetrachtung und Ausblick
und	viele Fotos (auf ca. 120 Seiten)

Die Dokumentation erscheint Mitte Januar und ist zu erhalten bei:

Stadtratte, Pf. 22 11 14, 8 München 22
Kto. 906195482, BLZ 70150000, Stadtspk. München

Einzelpreise
6 DM - ab 20 St. (+ 9 DM Porto)
7 DM - ab 10 St. (+ 6 DM Porto)
8 DM (+ 1.20DM Porto)

ANTI WWG BOKU

spreng sätze

zum Prozeß gegen Ralf Gauger + Knud Andresen

Freispruch sofort!

Seit fast einem Jahr und 50 Prozeßtagen wird gegen Ralf und Knud verhandelt — wegen einer „Tat", die sie nicht begangen haben.
Der Prozeß geht jetzt in eine entscheidende Phase und die Forderung zum Prozeßende lautet: „Freispruch!"
***spreng-sätze* sprachen mit:**
— Gisela Wiese, Vizepräsidentin von Pax Christi
— zwei Anwälten von Ralf und Knud
— Menschen aus der Soligruppe Ralf und Knud
— Manfred Mahr, Kritischer Polizist
— Peter Mecklenburg, GAL Hamburg
— Heidburg Behling, Lehrerin
— Bernd Wagner, Jura-Dozent in Hamburg

Zu erhalten sind *spreng-sätze* im Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36. Tel.: 040/446095, Fax: 040/4108122. BestellerInnen sollten Scheine, V-Schecks oder Briefmarken beilegen: 1 Ex. 1,50 DM/2-5 Ex. 3 DM/6-10 Ex. 5 DM/11-20 Ex. 10 DM.
Spenden für *spreng-sätze*:
K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto 1228/122386, Stichwort „Zeitung"
Spenden für die Prozeßkosten:
RA Beuth, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto 1250/124029, Anderkonto Ralf und Knud.

• in Zukunft Schikanen wie die Verweigerung von Bekleidung, Bücher oder Tageszeitungen u.a, zu unterlassen.

Exkurs: Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei...

...besteht aus dem Staatschef, dem Ministerpräsidenten und den Armeeführern. Nach dem Militärputsch von 1980 als oberstes Gremium der Staatsführung konzipiert, dient er heute, nach einer formellen "Demokratisierung" der Republik Türkei, noch immer als Boden für die Austragung innerer Machtkämpfe. Und einen solchen fochten Ende August der Staatspräsident und der Ministerpräsident miteinander aus. Es ging schlicht um die Frage, wer von den beiden in Zukunft die wichtigere Rolle spielen sollte. Der Machtkampf ist noch nicht entschieden, aber er hat schlimme Folgen für außerhalb der Republik Türkei lebende oppositionelle TürkInnen und KurdInnen. Ende August nämlich beschloß eben der Nationale Sicherheitsrat, die antifaschistische Opposition "mit israelischen Mitteln zu bekämpfen". Gemeint waren damit von der Regierung gedeckte Morde und Anschläge auf oppositionelle TürkInnen und KurdInnen vor allem in Westeuropa. Die größte türkische Tageszeitung, die stramm rechte "Hürriyet" schrieb dazu: "Der Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates gibt für gezielte Tötungsaktionen im Ausland grünes Licht. Zielpersonen und -Einrichtungen sind solche, die im Ausland für die Unterstützung der PKK arbeiten, die Geld sammeln oder spenden, öffentlich auftreten usw. Hierbei wird auf die erfolgreiche Liquidierungspolitik Israels gegenüber der PLO verwiesen..."

Kaum eine Woche nach dem Beschluß des nationalen Sicherheitsrates gingen bei kurdischen Kommitees in der BRD schon die ersten Morddrohungen ein. Tatsache ist jedenfalls, daß seit dem Besuch des türkischen Innenministers bei seinem österreichischen Kollegen im Juni 1992 die Repression gegenüber türkischen und kurdischen Oppositionellen in Österreich sehr stark zugenommen hat. Wir erinnern an die versuchte Abschiebung des politisch aktiven Türken H. Kilic (TATblatt minus) und anderen, dem Innsbrucker Verfahren ähnliche Verfahren gegen KurdInnen und TürkInnen in Wien, Graz und Linz. Gerade jetzt sitzen in Wien fünf Personen wegen angeblicher versuchter schwerer Erpressung in U-Haft. U-Richterin und FP-Abgeordnete Partik Pable behandelt, wie es scheint, Österreicher zuerst: Die seit Mitte November Inhaftierten haben noch keinen einzigen (!) Besuch bewilligt bekommen!

Der Streik geht weiter...

Seit 28.12.1992 hungerten in Innsbruck 15 und in Wien 35 Personen aus Solidarität mit den Gefangenen. Auf Fragen hellhörig gewordener Journalisten reagiert die Innsbrucker Gefangenenhausverwaltung mit Desinformation. Sinngemäß: Die Informationen wären falsch; es gäbe keinen Hungerstreik. Später wurde der Eindruck erweckt, die Gefangenen würden gar nicht wirklich streiken: Wie anders wäre es zu erklären, daß Muharrem Aral nach mehr als drei Wochen Hungerstreik nur drei Kilo abgenommen haben soll? Das nämlich versuchte die Gefängnisleitung dem Tirol-Kurier glaubhaft zu machen!

...mit Folter

Die Gefangenen werden in Zellen verschleppt, wo andere Gefangene vor ihren Augen essen müssen; die Übergabe von Kleidung, Büchern, Unterwäsche usw, die von Verwandten in den Häfn geschickt wurden, ist ihnen verweigert worden. Und aus dem besonderen Anlaß der Sylvesternacht verschleppte die Gefängnisleitung die Gefangenen in Kellerabteile; also in Zellen, die "normalerweise" für "Disziplinarfälle" vorgesehen sind. Anfang Jänner gab's dann hohen Besuch bei den zwei Gefangenen: Verschiedene Sozialdemokratische ParlamentarierInnen appellierten an die Streikenden, doch mit dem Hungern aufzuhören, da es ohnehin keinen Sinn hätte. Daraufhin verweigerten die Streikenden die Aufnahme von Flüssigkeit. In einer vorerst letzten Rache-Aktion für die weitere Verschärfung des Streiks wurden die Gefangenen in andere Gefängnisse verschleppt; u.a. in die Krankenabteilung des Häfn's in Stein a.d. Donau.

Am Dienstag, den 12.Jänner wurde der Streik abgebrochen, nachdem die Erfüllung zweier der vier Forderungen von den Behörden zugesagt worden war. Es sind dies die Zusammenlegung der Gefangenen und die Beendigung der Repression gegen KurdInnen in Österreich. Genaueres sollte einem Gespräch zwischen VertreterInnen des Innenministers und kurdischer Organisationen ausgehandelt werden. Ergebnisse des Gesprächs sind uns leider noch nicht bekannt.

Amerikkkas most hated!

Haftverschärfung im Todestrakt in Huntingdon, Pennsylvania

(Angehörigen Info)

Seit dem 1. November 1992 sind die Haftbedingungen aller 146 Gefangenen in den Todestrakten der Gefängnisse von Pennsylvania verschärft worden. Darüber hinaus wurden auch die Haftbedingungen für alle Gefangenen Pennsylvania's in Disziplinarhaft verschärft.

Diese Regelungen betreffen u.a. den afrikanisch-amerikanischen Journalisten und ehemaligen Black Panther, Mumia Abu Jamal. Er wird im Todestrakt von Huntingdon gefangengehalten und ist zusätzlich in Disziplinarhaft, weil er sich weigert, seine Dreadlocks abschneiden zu lassen.

Konkret bedeuten die Haftverschärfungen:

- Die Gefangenen in den Todeszellen haben nur noch 5 Tage in der Woche einen zweistündigen Hofgang in einem Gitterkäfig (statt wie bisher 7 Tage) und sind am Wochenende 48 Stunden ununterbrochen in den Zellen eingeschlossen. Die Gefangenen sind 22 Stunden täglich in den Zellen eingeschlossen.
- Die Gefangenen in den Todeszellen haben weiterhin nur vier Besuche mit Trennscheibe im Monat - auch mit Angehörigen und AnwältInnen.
- Die Gefangenen in den Todeszellen dürfen weiterhin keine Schreibmaschinen haben.
- Die Gefangenen in den Todeszellen haben weiterhin nur einen 10 minütigen Telefonanruf nach draußen pro Monat. Die Gefängnisbehörde hat darüberhinaus angekündigt, daß Gefangene in den Todeszellen in absehbarer Zeit (das genaue Datum wurde noch nicht bekannt gegeben) nur noch juristische und religiöse Bücher erhalten dürften; daß die Gefangenen keine Radios und Fernseher mehr in der Zelle haben dürfen und im Häfn-Einkauf nur noch zwei Päckchen Zigaretten pro Woche kaufen können, d. h. sie können dann kein Briefpapier, Briefumschläge oder Briefmarken mehr über den Häfn-Einkauf beziehen. Gefangene in Disziplinarhaft haben schon jetzt keine Radios oder Fernseher in den Zellen. Unter den neuen Bestimmungen haben sie nur noch einen Besuch mit Trennscheibe im Monat (statt wie bisher vier Besuche im Monat). Sie dürfen keinerlei persönliches Eigentum in den Zellen haben und dürfen nur eine juristische Zeitung abonnieren (keine Tageszeitungen, Monatszeitschriften etc.). Telefongespräche sind Gefangenen in Disziplinarhaft grundsätzlich verboten. Darüber hinaus können Gefangene in Disziplinarhaft nur ein Päckchen Zigaretten alle zwei Wochen im Häfn-Einkauf erhalten
- Briefpapier, Briefumschläge und Briefmarken erhalten auch sie nicht mehr. Der Besitz einer Schreibmaschine ist ihnen auch verboten. Am 4. Dezember 1992 haben 27 Gefangene im Todestrakt von Huntingdon, darunter auch Mumia Abu Jamal, eine Petition gegen die Haftverschärfungen für Gefangene in Todeszellen unterschrieben. Sie fordern in der Petition u. a.:
- die Wiedereinführung des zweistündigen Hofgangs 7 Tage die Woche;
- die Aufhebung der Trennscheibe bei Besuchen von Angehörigen;
- die Möglichkeit, an religiösen Zeremonien — Freitagsgebete für Moslems, indianische Zeremonien, christliche Gottesdienste — teilnehmen zu können;
- Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im Häfn;
- den Besitz von Schreibmaschinen;
- mehr Telefongespräche nach draußen.

Die Gefangenen weisen in ihrer Petition darauf hin, daß Gefangene in Todestrakten in anderen US Bundesstaaten wie Kalifornien und Texas bis zu 8 Stunden täglich Aufschluß haben (d.h., daß die Zellentüren geöffnet sind und die Gefangenen sich innerhalb des Traktes relativ frei bewegen können), arbeiten können, an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen können, Besuche ohne Trennscheibe haben und Schreibmaschinen besitzen dürfen, ohne daß dadurch eine "Gefahr für die Sicherheit der Anstalt" entstehen würde. Darüber hinaus schreiben die Gefangenen, daß Männer und Frauen, in Pennsylvania, die vom Tod bedroht sind, unter Bedingungen leben, die die Seele erschauern lassen." Durch diese gewaltfreie Petition beweisen die Gefangenen, daß sie immer noch menschlich sind."

Alle 27 Gefangenen, die die Petition unterschrieben haben, sind dafür mit 30 Tagen Disziplinarhaft bestraft worden. Die Gefangenen bitten daher um Unterstützung von außen, um gegen die Bestrafung und die Verschärfung der Haftbedingungen zu protestieren.

Schickt Briefe an:

- Warden Love, Drawer R, Huntingdon SCI, Huntington PA 16651 (Häfn-Direktor); und an
- Governer Casey, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg PA 17120 USA; und jeweils eine Kopie an
- Mumia Abu Jamal, AM-8335, Drawer R, Huntingdon PA. 16652;

sowie an die US-Botschaft in Wien.

USA: Immer mehr Leihbelegschaften

(politische berichte)

Leiharbeiter sind seit langer Zeit ein beliebter Weg der Kapitalisten, um nicht nur wirklich kurzfristige Personalknappheit bei Krankheit oder Urlaub zu beheben, sondern auch längerfristig sich ein Reservoir von kurzfristig kündbaren Arbeitskräften zu halten. Eine konsequente Fortsetzung dieser Strategie ist Ausleihen von ganzen Belegschaften.

In den USA hat sich diese Form des Umgehens aller Verpflichtungen in den letzten vier Jahren stark ausgeweitet. 1984 war die Zahl der Leihangestellten in den USA um die 10.000, 1987 waren es 130.000 und 1991 fast eine Million.

Das Rezept zur Umwandlung einer regulären Belegschaft in eine Leihbelegschaft ist ganz einfach: Der Kapitalist kündigt der gesamten Belegschaft, die umgehend von der Leiharbeiterfirma angeheuert und sofort an den Kapitalisten wieder ausgeliehen wird. Die Leihfirma ist dann der offizielle Arbeitgeber und verwaltet die Zahlung von Lohn und Sozialleistungen.

Der Direktor der Nationalen Personal-Leasing Vereinigung der USA preist das Verfahren als vorteilhaft für alle Seiten, weil die fachkundigen Personalbüros der Leihfirmen Personalangelegenheiten besser behandeln könnten, als der Manager einer kleinen Firma. Ein scheinheiliges Argument, denn die Personalverwaltung der meisten kleinen und mittleren Firmen wird sowieso von Spezialfirmen ausgeführt.

Bezüglich des Vorwurfs des Unterlaufens von gewerkschaftlicher Organisierung behauptet der Vertreter der Leasingfirmen, daß die meisten Gewerkschaften jetzt das Leasing akzeptieren würden, seitdem eine Regierungsstudie zu dem Ergebnis gekommen sei, daß das Leasing nichts an den gewerkschaftlichen Tarifverträgen ändere. Das mag zwar stimmen für die Einhaltung eines bestehenden Tarifvertrags. Aber welche Druckmittel hat eine solche Belegschaft für die Erkämpfung eines guten, neuen Tarifvertrags? Den Kapitalisten können sie nicht bestreiken, weil er rechtlich nicht ihr Vertragspartner ist. Die Leihfirma bestreiken, die sofort eine neue Belegschaft zusammenstellt und dem Kapitalisten anbietet?

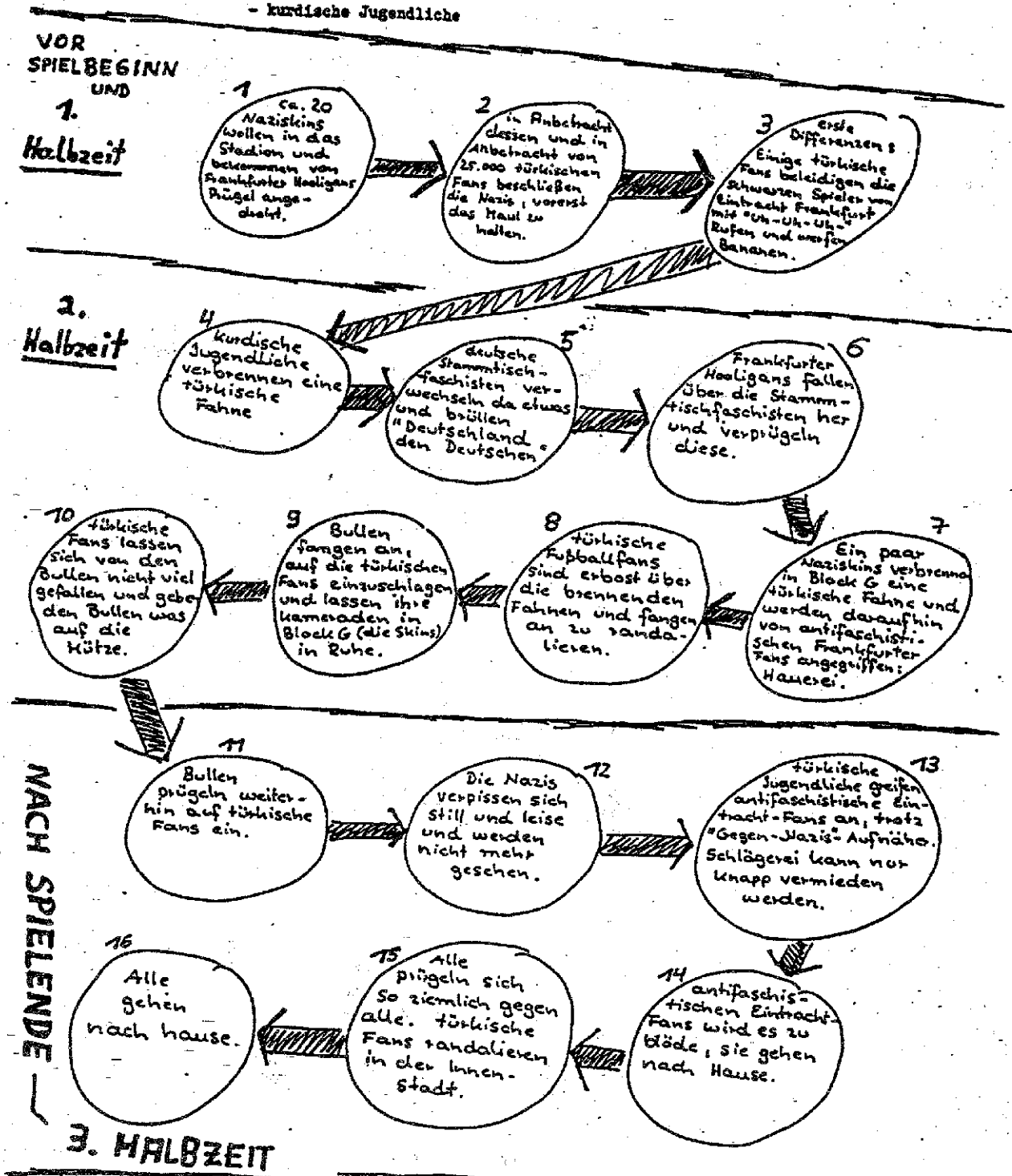
Vorteil für alle Seiten, wie soll das gehen?

SPIELBERICHT: E. FRANKFURT - G. ISTANBUL Oktober 1992

Die TATblatt Sport-Seite

Die handelnden Personen:

- ca. 25000 Fans von Galatasaray Istanbul (darunter viele Nationalisten, viele Graue Wölfe)
- ca. 25000 Fans von Eintracht Frankfurt (darunter der leider übliche Prozentsatz deutschnationales Pack.
- desweiteren: mehrere Hundertschaften Bullen „Frankfurter Hools, kleinere Gruppen antifaschistischer Eintrachtfans und eine M kleinere Gruppe Naziskins.
- kurdische Jugendliche



Für die Richtigkeit der Angaben: .....

(offizieller Beobachter der Antifa)

RAP's neuer Bericht von der L.A. Front

Im April vergangenen Jahres kam es nach dem Freispruch der vier Bullen die Rodney King fast zu Tode geprügelt haben, zum größten Aufstand in AmeriKKKa seit 25 Jahren. Obwohl diese Riots von allen unterprivilegierten Schichten der US Gesellschaft getragen wurde, ging es aus von einem schwarzen Ghetto – South Central L.A.

"South Central ist heute weltweit das bekannteste schwarze Ghetto. Während ein vergleichbares Viertel in Moskau oder Peking früher jedem TV Magazin als Beweis für die Verkommenheit des gegnerischen Systems gedient hätte, wird South Central niemals der Ausgangspunkt einer radikalen Kapitalismuskritik."* Seit die Aufstände, die auch auf viele andere US Städte übergriffen, von Regierungstruppen blutig niedergeschlagen wurden (58 Tote, mehr als 2400 Verletzte, 12000 Verhaftete) hört mensch fast nichts mehr von South Central - fast nichts - denn die Rapper, die Stimme des schwarzen AmeriKKKa's, oder wie Chuck D von Public Enemy es ausdrückte: Rap, als CNN der Schwarzen, sprechen weiter von South Central und all den anderen Ghettos.

(TATblatt-Wien)

Ice Cube äußert sich hämisch auf seinem neuen Album "The Predator" : Alles was du über die Riots wissen wolltest, war schon auf den Platten lange bevor es losging. Die Nummer "Black Korea" zeigt die tiefe Spaltung, bzw. den Rassismus zwischen koreanischen Ladenbesitzern und Schwarzen die sich mehr als potentielle Kriminelle behandelt fühlen, denn als Kunden. Bei den Riots wurden koreanische Ladenbesitzer zu Zielscheiben der Umverteilung. Bevor South Central in Flammen aufging, war das Einzige was die meisten Yanks davon gehört hatten, die prahlerischen Platten der Gangster Rapper. Die Gewalt die auf den Platten von NWA (Niggers with Attitude) Ice-T, Ice Cube oder Big Daddy Kane verherrlicht wird, richtet sich oft nicht nur gegen Weiße, sondern auch gegen Koreaner und Juden und ist fast immer sexistisch. KRS One, von der politisch fortschrittlichen Rap Gruppe Boogie Down Productions, dazu: Diese Typen sind für eine perverse Umkehrung der Sichtweise junger Schwarzer verantwortlich. Sie haben mehr von der weißen Herrschaftsideologie gegenüber fremden Völkern übernommen als sie wissen. Ich kann es auch nicht verstehen, daß schwarze Frauen zu den Konzerten von N W A gehen und sich dort als Nutten beschimpfen lassen und dann auch noch hysterisch nach Zugabe rufen. Das zeigt nur wie weit wir uns von der Realität entfernt haben.*

Zurück zum post riot Rap: Während der RioZ wurde vieles das auf den Rap Platten besprochen wurde, Realität bzw. es stellte sich für die Mehrzal der TV Nation so dar. Als die Riots und damit South Cenrtal von den Bildschirmen verschwanden, waren wieder die Rapper die einzige Stimme die aus dem Ghetto herausdrang. Auch wenn die Summe der explizit post riot Raps gegenüber den gangster Raps geringer ist, hat deren Anzahl in letzter Zeit zugenommen. Sie sind dabei nicht gerade diplomatisch, sie sagen wenig bis gar nix über die Opfer der Riots oder über den Wiederaufbau der zerstörten Viertel. Public Enemy in "Tie goes to the Runner" auf der neuen Platte Greatest Misses, sagt Chuck D: he's "not surprised at all about the riots" und über Ice Cube, daß raps wie "Black Korea" die Probleme nicht gemacht haben: "This was predicted, not self inflicted/ By the rap out of the Hood that kicked it good." Es gibt also keine einheitliche Analyse der Riots :"in der Hip Hop Bewegung, außer dem Gefühl, daß es erst eines Aufstandes bedurfte um die Aufmerksamkeit des weißen Herrschaftsystems zu erlangen.

Ice Cube, die bekannteste Stimme South Central's hat gemeinsam mit Yo-Yo, Cypress Hill, Kam u.a. die post riot Soli Single "Get the Fist" aufgenommen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Single kommen der "Brotherhood Movement" zugute. Die "Brotherhood Movement", wurde nach den Watts riots 1965 gegründet und arbeitete damals wie heute am Wiederaufbau der "Neighbourhood". "Get the Fist" gibt sich betont kämpferisch: "I'm black and I'm proud to be lootin' in your face" und geht weiter mit dem Ruf nach schwarzer Einheit gegen Bullen und Weiße:"Not black on black / the other color gets beat", über das Plündern:"Now I got a laptop computer", und seine Conclusio ist, daß die Riots wichtig waren,"to get some respekt". Kam's single "Peace Treaty", lobt die Waffenruhe zwischen den Gangs und begnnt eine Diskussion über die Riots:"It wasn't just the blacks, everybody was lootin' and had it each others backs..., we all had a hand in the cookie jar and took it far enough to make a statement." (unter den richtigen Einsendungen, was dieser Satz bedeuten könnte, wird eine Kassette von PARIS verlost).

Paris, ein Rapper aus Oakland, der eher mit Public Enemy zu vergleichen ist als mit Ice Cube (was sich auf die Message bezieht, nicht auf die Musik) auf seinem neuen Album "Sleeping with the Enemy": "Don't be tellin' me to get the nonviolent spirit/ when I'm violent is the only time you devils hear it.", auf einer anderen Nummer der Platte äußert er sich besorgt über die Auswirkungen der Riots: "...that in the aftermath of the riots, blacks will benefit as little as they did after the Watts riots." Und im Vorspann zu "Assata's Song" (Assata Shakur - eine Frau aus dem schwarzen Widerstand die jetzt in Cuba lebt) :"A Nation is only as strong as it's women."

* Zitiert aus dem Nachspann des Buches YO! RAP REVOLUTION.

TATblatt macht Druck!!!

und zwar wieder unter der alten Adresse

Montag bis Donnerstag von 15 - 18 Uhr

im TATblatt Büro
Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien

Tel.: (0222) 56 80 78

Für die Ankündigung einer Demo braucht ihr ein A3 Plakat?

Infos mit Flugblättern unter die Menschen bringen?

Einen Reader, Broschüren, ein gefaltztes Infoblatt, Zeitschriften produzieren?

Euch fehlt die Möglichkeit eure Sachen zu layoutieren?

Für all das ist euch eine Offsetdruckerei zu teuer?

Den Weg in den Copy-shop könnt ihr euch jetzt sparen!

TATblatt Druckerei:

Die Alternative zwischen Offsetdruckerei und Copy-shop!

TATblatt lädt weiterhin ein zum

Projekt Solidaritätssteuer:

Wir suchen weiterhin und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern.

...und so funktionierts:

Als Untergrenze der Solidaritätssteuer haben wir uns 50.-öS/Monat vorgestellt. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.

Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto: P.S.K. 7547.212 Empfänger in: Uabhängige Initiative Informationsvielfalt

Dann schickt ihr uns eine Postkarte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusenden können.

Bitte vergeßt nicht auf diese Postkarte, denn auf dem Dauerauftrag steht nicht eure Adresse !!!

Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!

Neueste Infos zur Solisteuer:

Alles in allem **benötigen wir rund 9000.-öS im Monat an Solisteuer** um die gesamte Infrastruktur am Leben zu erhalten.

Zur Zeit erhalten wir 5.600.-öS im Monat an Solidaritätssteuer.

Ganz, ganz vielen Dank an alle Solisteuerzah-lerInnen!

Es fehlen momentan also noch 3.400-öS/Monat.

papierTIGER

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hat: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.
Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Eure letzte Chance: Der große TATblatt-Abo Wettbewerb!

Der Countdown geht dem Ende zu. Ihr habt noch bis 31. Jänner Zeit euch ein Abogeschenk zu sichern.
Alle die sich jetzt ein 20 Nummern Abo bestellen, ihr Abo um 20 Nummern verlängern, ein 20 Nummern Abo verschenken, SolisteuerzahlerInnen sind oder werden, die alle können sich aus den folgenden Geschenken eines auswählen. Wenn ihr ein (oder auch mehrere) 20 Nummernabos verschenkt, füllt bitte den Abschnitt auf dieser Seite aus. Alle anderen können einen Vermerk auf dem Erlagschein (rechte Seite des Zahlscheins) anbringen, oder uns zusätzlich eine Postkarte schicken.
Also: einzahlen, ausfüllen, abschicken ... endlich eine sinnvolle Möglichkeit euer hart verdientes Geld uns in den Rachen zu werfen!
Gebt uns bitte 2 Wünsche, welche ihr als Geschenk bekommen möchtet, bekannt (etwa: 1. Wahl, 2. Wahl). Falls beide schon vergriffen sind, wird aus dem restlichen Gesamtbestand euer Geschenk verlost.
Zahlt bitte zusätzlich zur Abogebühr (ÖS 270,- für das 20-Nummerabo) ÖS 15,- für die Versandspesen ein.
Wie schon gesagt: diese Aktion ist bis 31. Jänner befristet. Der Rechtsweg oder sonstige krumme Touren sind ausgeschlossen.

Die TATblatt - Geschenke:

von der Buchhandlung Südwind gespendet

*** 41 mal "Die schwarze Abaya - Irakische Erzählungen"**
Express Edition; Gisela Aglaster-Herkner, Rita von der Grün, Barbara Hoffmann
"(....) Es gibt nur wenige Schriftstellerinnen im Irak. Uns ist es gelungen, von diesen Frauen, die kaum Veröffentlichungsmöglichkeiten in ihrem Heimatland haben und teilweise im Exil leben müssen, literarische Arbeiten zusammenzustellen. Erzählungen über die schwarze Abaya als Sinnbild alltäglicher Auseinandersetzungen - auch mit sich selbst, Erzählungen über die scheinbare Auswegslosigkeit eines Lebens zwischen Schleier und Aufbegehren."

gespendet von der Bürogemeinschaft Schottengasse

*** 29 Exemplare "Achtung Staatsgrenze"**
"'Achtungs Staatsgrenze' ist eine 'Österreich ohne Heer' - Broschüre zum Themenkreis Migration, europäische militärische, gesetzliche und polizeiliche Flüchtlingsabwehr, Fremdenhaß und -angst."

gespendet von Thomas Prader und ProMedia Verlag

*** 10 mal "Moderne Sklaven"**
Hrsg. Thomas Prader, Asyl- und Flüchtlingswesen in Österreich
"Dieses Buch will Kontrapunkt zur herrschenden ausländerInnenfeindlichen Stimmung sein, Beitrag zu einer Aufklärungskampagne, Mittel im politischen Kampf um eine gerechtere Welt."

vom Verlag für Gesellschaftskritik gespendet

*** 2 mal "Arbeitsstrich - Unter polnischen Schwarzarbeitern"**
Konrad M. Hofer, Aufrisse-Buch 19
"Ein Jahr lang besuchte der Autor, als Rumäne getarnt, regelmäßig den 'Arbeitsstrich' für Ausländer-Innen in der Wiener Herbststraße. Als vermeintlich ausländischer Schwarzarbeiter erfährt er die 'Qualität' der Arbeit, die diesen Leuten angeboten wird. (....)

gespendet von Thomas Prader

*** 45 mal "Aufstand in Palästina - Besatzungsmacht Israel"**
Erich Prader, Grün-Alternativ Verlag

gespendet vom Reisebuchladen

*** 2 mal "Gezeichnete Umwelt: Karikaturen zum Umweltschutz in Österreich"**
Verlag Kontrapunkt
"Mit Karikaturen von Haderer, Deix, Much, usw. usf. Von Zwentendorf bis Waldsterben."

*** 3 mal "Raus aus der Sackgasse: Lesebuch zum Wandel im Osten"**
Bilder und Texte von Ernest Hauer und Franz Reithmayer, Verlag Kontrapunkt

von der Wochenzeitschrift "Salto"

*** 14 mal 2-Monatsabos**

gespendet vom kasblattl

*** 3 mal 10-Nummernabos**
"Jede Woche erscheinende 1-Blatt-ZeitunG aus Salzburg"

gespendet von EZA

*** 5 mal 200,- Gutscheine**
Achtung: diese Gutscheine gelten nur für das Geschäft in der Lerchenfelder Straße

von der Info-Verteiler Gruppe

*** 5 Info-Verteiler Jahresabos**

gespendet von Rave Up Records

*** 5 mal 150,- Warengutscheine**

gespendet von HOSI-Wien

*** 5 Lambda-Jahresabos**

*** 5 mal die CD: Das Stundenbuch (R.M. Rilke)**
Promis lesen Gedichte und machen Musik dazu

gespendet von der Juridicum-Redaktion

*** 5 Juridicum-Jahresabos**

von der Bürogemeinschaft Schottengasse

*** 5 Jahresabos vom ZAM**

*** 5 Jahresabos des EKG**

Das TATblatt Probeabo:

All jene, die sich noch nicht für ein Abo entscheiden wollen, oder ihren Freundlnnen das TATblatt näher bringen möchten, haben jetzt die Möglichkeit drei TATblätter gratis zu bekommen. Einfach untenstehenden Abschnitt ausfüllen und an das TATblatt senden
(TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien)

Gutschein für drei Gratis-TATblatt Nummern:

Ja, ich möchte das TATblatt unbedingt näher kennenlernen und bitte euch um die Zusendung der nächsten drei TATblatt Ausgaben.

Name:.....

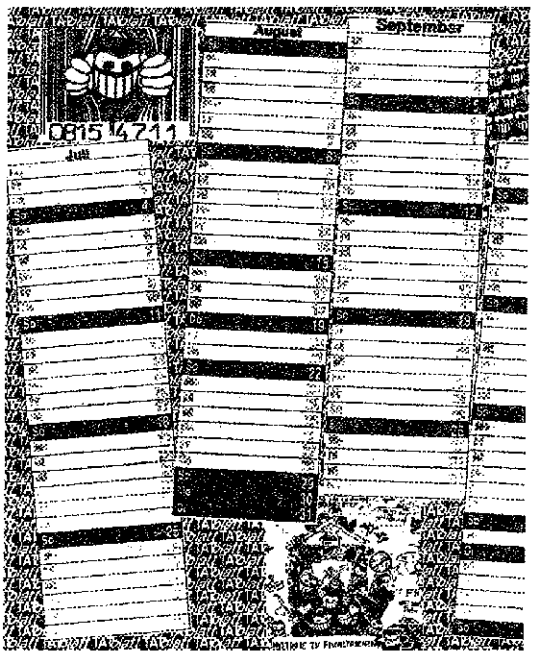
Adresse:.....

(diese drei Nummern erhältst du gratis und gehst damit keine weiteren Verbindlichkeiten ein)

Der TATblatt-Kalender

um 30 Schilling

Alle TATblatt-AbonnentInnen haben ihn schon — die haben nämlich mit dieser Nummer den TATblatt-Kalenderposter 1993 (Format DIN A2 beidseitig schwarz auf rot) als Geschenk mitgeschickt bekommen. Alle anderen Leute können ihn zum Preis von 30 Schilling (inklusive Porto) bei uns nachbestellen (am einfachsten Geld ins Kuvert dazulegen).



Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TAT*blatt*, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TAT*blatt* sein.

Das TAT*blatt* ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

TATblatt-Plenum:
jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

TATblatt-Verkaufsstellen

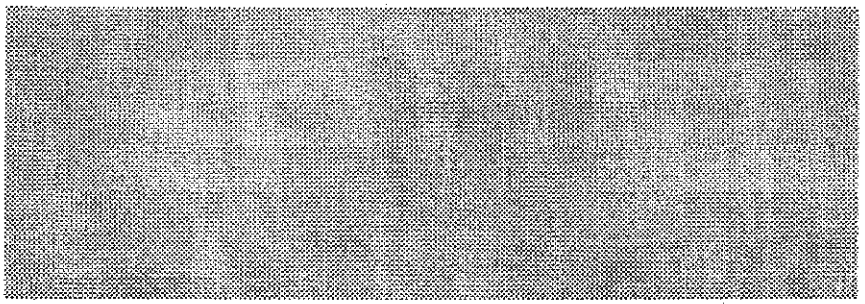
WIEN 1: • BH Kolisch (Rathausstraße 18) • BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Kerem (Kärntnertorpassage – beim U4-Abgang) • BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** • BH Pfive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** • Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden" (Apostelgasse17) **WIEN 7:** • Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** • EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** • BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) • BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) **WIEN 16:** • Beisl Ci: Payergasse 14) • Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)
INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • Utopia (Tschamlerstr. 3)
SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Josefital 21)
Änderungen vorbehalten! Stand November 1992

TATblatt-Abo:

einfach beiliegenden Erlagschein ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt eintragen!!!) und einzahlen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschis
20-Nummern-Abo: 270,- Öschis
außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschis

Zur TATblatt-Aboaktion

Seit der letzten Ausgabe haben wir 51 neue AbonnentInnen dazugewonnen. (Schon wieder, in den zwei Wochen vor Weihnachten warens auch 51.) Es fehlen uns also (nur mehr) 48 Abos bis Ende Jänner. (Das könnte sich ja — wider Erwarten — ausgehen!) Von einigen Abogeschenken gibt es bereits kein einziges Exemplar mehr, von anderen nur mehr ganz wenige. Dafür haben wir einige neue Abogeschenke dazubekommen und wir versuchen weiter neue zu schnorren. (In den Klammern: Anmerkungen des Leautyteams.)
Es ist also gerade jetzt nach Ostern die beste Zeit, ein Abo zu nehmen, zu verlängern oder zu verschenken.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!
Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 568078 **Konto:** P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371
Druck: Eigendruck
Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.